

Pakistan: Kunststaat, Militärstaat und Krisenstaat

JAKOB RÖSEL

Im Jahr 1933 bildet Rahmat Ali, ein in Cambridge studierender indischer Muslim, aus den Anfangsbuchstaben der Länder Punjab, Afghanistan, Kaschmir, Iran, Sindh, Balutschistan einen Kunstnamen: Pakistan, „Land der Reinen“. Er propagiert in seinen Studentenkreisen das Projekt eines künftig eigenständigen Staates für die Muslime Britisch-Indiens, eines Viertels der Bevölkerung Südasiens (Sayeed 1968: 105).

Ein führender Muslimpolitiker über die Sinnfälligkeit eines solchen Projekts befragt, bezeichnet zu diesem Zeitpunkt das Projekt eines Sezessionsstaates als „eine Studentenidee“. Aber weniger als zwei Jahrzehnte später entsteht 1947 neben der Indischen Union ein neuer Kunststaat Pakistan. Der so skeptische Muslimpolitiker, Zafrullah Khan, ist der erste Außenminister dieses zunächst von Auflösung, Anarchie und Gewalt bedrohten Staates (Conrad 1973: 139).

Dass dieser prekäre Kunststaat bis heute überlebt hat und selbst den Verlust seiner östlichen Hälfte, Ostpakistan, überwinden konnte, ist einem einfachen Tatbestand geschuldet: der Umwandlung des Kunststaates in einen Militärstaat. Diese umfassende, bis in alle Winkel von Staat und Gesellschaft vordringende Transformation hat allerdings die Krisenanfälligkeit und Unfertigkeit dieser Staatskonstruktion nicht überwunden. Insbesondere seit dem Ende der Militärdiktatur Zia ul-Haqs, der sowjetischen Afghanistaninvasion und des Kalten Krieges wandelt sich Pakistan in einen Krisenstaat, dessen Instabilität und gegen Indien, aber auch den Westen, gerichtete islamistische Aggressivität die regionalen Beziehungen und die internationale Politik bedrohen und belasten. Der Krisenstaat verfügt damit über Bedrohungs- und Chaosmacht. Sie manifestiert sich in dem seit 1998 endgültig offengelegten Besitz von Nuklearwaffen. Die folgende Betrachtung wird die Entwicklung Pakistans entlang dieser drei Staatsformen und Transformationen darstellen.

Vorgeschichte

Das Projekt eines eigenen Nationalstaates gilt der schwachen und zerstrittenen Führung der Muslime Britisch-Indiens, der Muslimliga, als „chimerisch und unrealisierbar“ – obwohl der britische Vorsitzende des Committee on Indian Constitutional Reform ironisch bemerkt: „You advance very quickly in India“ (Conrad 1973: 138).

Die Muslimliga konkurriert mit dem säkularen Indian National Congress und betrachtet eine Sezession zu Recht als kontraproduktiv. 1935 ändern sich allerdings die Rahmenbedingungen. Der neue Government of India Act lässt zum ersten Mal Wahlen in einem größerem Umfang zu. Rund ein Sechstel der erwachsenen indischen Bevölkerung kann an den Wahlen des Jahres 1937 teilnehmen. Das Ergebnis ist eindeutig und für die Muslimliga ernüchternd. Der Congress hat die Mehrheit der Hinduwählerschaft hinter sich gebracht und kann die bislang starken Regional- und Kleinparteien weitgehend marginalisieren.

Die Muslimliga steht dagegen ohne Mandat da. Sie kann sich gegen rivalisierende Muslimorganisationen kaum durchsetzen. Vor allem hat der säkulare Congress immer noch einen hohen Prozentsatz der Muslimwähler hinter sich. In ihrer Verzweiflung holt die Führung der Muslimliga den aus der Politik und dem Berufsleben ausgeschiedenen, ehemaligen Staranwalt Mohammad Ali Jinnah aus London nach Indien zurück. Der altgediente anglophone und in Glaubensfragen zynische Ligapolitiker versucht jetzt, mit 20-jähriger Verspätung, die Muslimliga von einer Honoratioren- in eine Massenpartei umzuwandeln – nach dem Vorbild des Congress. Jinnah senkt die Mitgliedsbeiträge, verschafft der Parteizeitung „The Dawn“ höhere Auflagen und radikalisiert auch das Parteiprogramm. In immer stärkerem Maße werden nun Autonomierechte für die Muslime und eine lose Föderation gefordert. Dennoch, Jinnah wagt es nicht, die Teilung Indiens und die Gründung eines „Pakistan“ zu fordern. Erst der Beginn des Zweiten Weltkrieges und ein strategischer Fehler der Congressbewegung räumen dem Projekt Pakistan den Weg frei. Nach dem Kriegseintritt Großbritanniens muss auch Britisch-Indien Deutschland den Krieg erklären. Auf Anweisung der britischen Regierung verlangt der in das gerade fertig gestellte Neu Delhi umgezogene Vizekönig nunmehr von der Congressführung die unbedingte Unterstützung der britischen und indischen Kriegsanstrengungen. Dieser Forderung will die Congressführung, vor allem Nehru und Gandhi, nur nachkommen, wenn sich Großbritannien auf die Zusage der Unabhängigkeit Indiens nach dem anlaufenden neuen Weltkrieg festlegt.

Die britische Regierung betrachtet dies als Erpressungsversuch. Sie lehnt empört ab und sucht die Congressführung zu schwächen. Der Cong-

ress, der zu diesem Zeitpunkt die meisten Provinzregierungen in British-Indien stellt, wird in der Folgezeit systematisch entmachtet und vorläufig von Verhandlungen ausgegrenzt. Die Kolonialregierung sucht sich nun neue Verhandlungspartner. Über Nacht wird der bislang übersehene Jinnah und seine als zweitrangig behandelte Muslimliga in den Rang eines entscheidenden Allianzpartners gehoben. Für die Dauer von vier harten Kriegsjahren kann Jinnah nicht nur die politische Parität gegenüber dem übermächtigen Congress durchsetzen, er kann darüber hinaus auf höchster Ebene besondere Garantien für die „Muslimnation“ einfordern. Der Zweite Weltkrieg und die politische Ausgrenzung des Congress verschaffen damit der Muslimliga jene Atempause, um das 1940 in Lahore zum ersten Mal offiziell verabschiedete Projekt eines selbstständigen Pakistan systematisch voranzubringen. Von Anfang an zeigt sich allerdings eine unüberwindbare Schwierigkeit. Das Projekt Pakistan wird von der Mehrheit der Muslime nicht verstanden oder abgelehnt. Im Indusdal, also in der Provinz Sindh, der westlich des Indus gelegenen North Western Frontier Province und der westlichen Hälfte des Punjab, siedeln große Muslimmehrheiten. Sie sehen sich weder aktuell noch in der Zukunft von einer Hindumehrheit bedroht und unterdrückt. Sie stehen deshalb der Vision eines eigenständigen Muslimstaates indifferent oder feindselig gegenüber.

Das Gleiche gilt für die in Ostbengalen, dem künftigen Ostpakistan, ansässige Muslimmehrheit. Die Bengalen sehen sich seit Beginn der Kolonialisierung, im Kern sogar seit Jahrhunderten, als eine eigenständige und stolze Sprach- und Kulturnation. Religiöse Differenzen spielen hier, ganz im Gegensatz zum Punjab, nur eine untergeordnete Rolle. Für die Bengalen beider Glaubensrichtungen ist eher ihre Inkorporation in ein künftig ungeteiltes Indien ein Problem. Einen eigenen muslimischen Staat lehnen die Muslime Ostbengalens lange Zeit ab. Damit bleibt nur eine kleine Minderheit von Befürwortern des Pakistanprojektes übrig. Diese Muslime leben in ganz Indien verstreut und stellen seit Jahrhunderten entweder dominante oder unterdrückte Minderheiten. Die wahren politischen Propagandisten der Pakistanidee bilden wiederum eine Minderheit in diesen Minderheiten. Es handelt sich um jene Höflinge, städtische Literaten, im Kolonialdienst aufgestiegene Beamenschichten, Magnaten und Honoratioren, die sich auf Anraten der Kolonialverwaltung seit 1906 mit der Muslimliga eine eigene Vertretung ihrer beruflichen und politischen Interessen geschaffen haben. Diese urdsprachige Beamenschicht scharft sich seit Kriegsbeginn hinter Jinnah, um mit ihm, dem „sole spokesman“, das Projekt eines Pakistan gegenüber der überwältigenden Mehrheit der illiteraten, unwissenden oder indifferenten Muslime durchzusetzen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird die Regierung Churchill abgewählt.

Eine von Clement Attlee geführte Labourregierung übernimmt im Juli 1945 die Macht. Attlee, ein Freund Nehrus, will Indien bald in die Unabhängigkeit entlassen: Die Pogrome zwischen Hindus und Muslimen haben sich zum Flächenbrand ausgeweitet, und die Kolonialmacht läuft Gefahr, die Kontrolle über das Land zu verlieren, selbst über die eigenen Truppen. Attlee muss aber zunächst die indischen Wähler darüber entscheiden lassen, ob Britisch-Indien geteilt oder ungeteilt in die Unabhängigkeit entlassen werden soll. Die für den Winter 1945/46 anberaumten Wahlen entscheiden damit über die Durchsetzung einer erst 15 Jahre alten „Studentenidee“. Die britische Führung hat nunmehr Jinnah und der Muslimliga unmissverständlich klargemacht, dass die Schaffung eines Pakistan die Teilung der zwei wichtigsten Provinzen Britisch-Indiens notwendig machen wird: Das bevölkerungsreiche Bengalen und der für die Armeeerkrutierung und den Getreide- und Baumwollexport unverzichtbare Punjab. Bengalen muss zwischen den Hindus im Westen und den Muslimen im Osten, der Punjab zwischen den Muslimen im Westen und den Sikhs und Hindus im Zentrum und im Osten aufgeteilt werden.

Jinnah weiß, dass Pakistan nur Realität wird, wenn er der Kolonialmacht beweist, dass die Muslime des Punjab und Bengalens hinter dem Teilungsplan stehen. Er und die Muslimliga setzen jetzt alle Mittel ein, um die Mehrheit der Muslimwähler, insbesondere im Punjab und in Bengalen, zu gewinnen. Hatten noch 1937 der Congress und zahlreiche regionale Muslimparteien die Muslimstimmen an sich binden können, so gelingt es Jinnah bei der Wahl 1945/46, das Blatt zu wenden. Von insgesamt 1.581 Sitzen in allen Provinzparlamenten Britisch-Indiens kontrolliert der Congress jetzt 923 (zuvor 705) und die Muslimliga 430 (statt zuvor 108 Sitze); die kleinen Muslim- und Hinduparteien sind fast verschwunden – 20 Sitze statt 79 bzw. 4 statt 36. Die Regional- und Lokalparteien, die sich 1937 noch gegen den Congress behaupten konnten, sind zwischen Congress und Liga weitgehend zerrieben worden (204 Sitze statt 653). Indien ist jetzt zwischen einem hinduistischen Lager mit dem Congress (59 Prozent der abgegebenen Stimmen) und einem muslimischen mit der Muslimliga (21 Prozent) gespalten.

Der Wahlsieg der Muslimliga, also der Kraftakt Jinnahs, war aber keineswegs ein eindeutiges Votum für Pakistan – auch wenn es Jinnah so interpretiert. Nur Bruchteile der muslimischen Bevölkerung, zumeist rund zehn Prozent, haben gewählt. Diese Eliten und deren Gefolgschaften sind mit Hilfe von Bestechung, Intrigen und religiösem Terror für die Liga und für die Vision eines Pakistan gewonnen worden. Dennoch, der Weg ist jetzt frei für die gleichzeitige Teilung und Unabhängigkeit des Subkontinents. Am 14. August wird das „Dominion of Pakistan“ mit Jinnah als Governor General und Liaquat Ali Khan als Premierminister, am 15. August das „Dominion of

India“ mit Lord Mountbatten als Governor General und J. Nehru als Premierminister geschaffen. Ein hoher britischer Beamter, der zuvor Indien nie betreten hatte, hatte in den Monaten zuvor, in strenger Abschirmung, die Grenzen der neuen Länder, also die Aufteilung des Punjab und Bengalens – entlang der Distrikte mit Muslim- oder Hindumehrheiten – festgelegt. Am 17. August werden die neue Grenzen des Punjab offengelegt. Sofort setzten hier die größten Fluchtbewegungen ein, die Indien bislang erlebt hat. Der neue Staat Jinnahs droht im Chaos der Vertreibungen, Pogrome und Massaker unterzugehen. Um ihn überhaupt errichten und halten zu können, nimmt der misstrauische Staatsgründer weitreichende Ungleichgewichte und Interessenkonflikte in Kauf.

Kunststaat

Der neue Staat wird auf drei politischen und demografischen Ungleichgewichten errichtet. Das erste Ungleichgewicht, zwischen Ost- und Westpakistan, wird den Staat 24 Jahre später zerbrechen, aber nicht zerstören.

Der Westen gegen den Osten

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 55 Prozent, des neuen Staates lebt im jetzt aufgeteilten Bengalen, in Ostpakistan. 1947 wird die Bevölkerung Westpakistans auf 34 Millionen, diejenige Ostpakistans auf 42 Millionen geschätzt. Die Interessen und Meinungen dieser ostbengalischen Muslime waren von den Ligapolitikern und Staatsgründern nie in Rechnung gestellt worden. Die Bengalen galten als illoyal, kriegsuntauglich und glaubensschwach. Eine der Indischen Union entsprechende Demokratisierung, d. h. die schnelle und vollständige Einführung des allgemeinen Wahlrechts, drohte deshalb, den ungefestigten Staat einer Bevölkerungsmehrheit auszuliefern, der die Ligapolitiker, Westpakistan und die Militärs misstrauten. Die Demokratisierung und Verfassungsverabschiedung im Kunststaat stand deshalb seit 1947 unter einem einfachen Diktat. Es galt, dem Osten das Prinzip „one man, one vote“ unter allen Umständen zu verweigern. Die Verabschiedung der Verfassung zog sich deshalb über acht Jahre hin und konnte erst abgeschlossen werden, als eine Formel gefunden worden war, die die Macht des Westens, der Zentralregierung und der Militärs bewahrte. Dies war die „one unit“-Zauberformel: In ein 300 Abgeordnete starkes Zentralparlament sollten jeweils eine „Unit“, der Westen wie der Osten, 150 Abgeordnete entsenden. Im Fall der absehbaren Handlungsunfähigkeit des Parlaments würden die stets auf Westpakistan gestützte Regierung und die Militärs die Entscheidungsgewalt behalten.

Jedoch wird diese Sicherungsformel zu spät etabliert – im März 1956. Zweieinhalb Jahre später, im Oktober 1958, errichtet Ayub Khan die erste Militärdiktatur. Nachdem diese 1969 am Ende ist und Ayub Khans Nachfolger Yahya Khan die Macht an die Politiker zurückgeben will, bleibt ihm schließlich keine andere Wahl, als im Dezember 1970 Wahlen auf der Grundlage des Bevölkerungsübergewichts des Ostens zuzulassen – „one man, one vote“. Das Ergebnis ist eindeutig. Die Awamliga des Ostbengalen Sheikh Mujibur Rahman gewinnt jetzt alle Sitze in Ostpakistan, die von Zulfikar Ali Bhutto neu gegründete Pakistan Peoples Party fast alle im Westen. Da das Nationalparlament nunmehr die wahren Bevölkerungsstärken widerspiegelt, kontrolliert Mujibur mit 160 von 300 Sitzen die Parlamentsmehrheit, die künftige Regierung und die Macht über den den Bengalen fremd gewordenen Staat. Nach blutigen Massakern der westpakistanischen Militärs, nach einem Bürgerkrieg und der militärischen Intervention Indira Gandhis wird aus Ostpakistan im Dezember 1971 ein neuer Staat: Bangladesh. Der Rest- und Rumpfstaat Westpakistan übersteht zum Erstaunen vieler Beobachter diese politische, wirtschaftliche und psychologische Katastrophe.

Die Mohajir gegen alle

Pakistan basiert 1947 – vorrangig im Westen – auf einem weiteren Ungleichgewicht. Auch die muslimischen Mehrheitsbevölkerungen im Westen, die Sindhis, Paschtunen, Punjabis, stehen dem Pakistanprojekt bei den Wahlen 1946 indifferent oder feindselig gegenüber. In der paschtunischen North West Frontier Province kann der mit dem Congress verbündete Paschtunennationalist Wali Khan die Wahl gewinnen. Im Sindh gewinnt die Liga nur dank opportunistischer Intrigen und Versprechen; im muslimischen Westpunjab, in dem entscheidenden Wahlterrain, sichert sich Jinnah die Unterstützung der großen Magnaten und heiligen (ebenso wie reichen) Männer, „Pir“, mithilfe haarsträubender Bestechungen und Einschüchterungen. Diese treiben der Liga schließlich die überwiegend illiteraten und mit „Höllenneuer“ bedrohten Wähler zu. Im Punjab müssen sich deshalb die Muslimwähler zwischen Paradies und Verdammnis, zwischen Patronagegefolgschaft und sozialer Ausgrenzung entscheiden. Pakistan wird zu einem millenaristischen Projekt (Gilmartin 1988: 189–224).

Mit diesem wahlpolitischen Kraftakt hat Jinnah aber mitnichten die dauerhafte Unterstützung der Bevölkerung und der Eliten gewonnen. Staatsgründung und Teilung des Punjab verschaffen ihm jedoch eine unerwartete Chance. Die Staatsgründung und damit Teilung des Punjab findet inmitten der größten Massaker und Vertreibungen statt, die Indien bislang erlebt hat. Vermutlich eine Million Menschen finden im Punjab den Tod und sechs

Millionen Hindus und Sikhs werden aus dem Westen, eine etwa gleichstarke Zahl von Muslimen wird aus dem Osten vertrieben (Hodson 1997: 402–418).

Neben diesen bäuerlichen, namenlosen und gesichtslosen Opfern existiert aber eine weitere Flüchtlingsgruppe. Sie umfasst die städtischen und bessergestellten Muslimbeamten, Ligapolitiker, Handwerker und Künstler aus Nord- und Zentralindien. Die Gruppe flieht nicht in den ländlichen Punjab, sondern in die Städte des Sindh, vor allem nach Karachi, die einzige kosmopolitische Hafenstadt und Kolonialmetropole des Indusdelta. Karachi ist die Geburtsstadt Jinnahs und jetzt die provisorische Hauptstadt Pakistans. Die aus Karachi vertriebenen Hindubeamten, -bankiers und -händler, ebenso wie deren Diener, haben beeindruckende Villen, Unternehmen und Stadtviertel hinterlassen. Die neuen, in Karachi eintreffenden Flüchtlinge nennen sich jetzt „Mohajir“ – in Anlehnung an die ersten aus Mekka in die Flucht, „Hegira“, getriebenen Gefolgsleute Mohammeds. Auch sie haben alles geopfert, Besitz, Heimat, Freunde und Nachbarn, für einen neuen Glauben, den Glauben an Pakistan. Es ist diese gut qualifizierte, rachsüchtige, des Englischen wie des Urdu mächtige Gruppe, die sich des neuen Staates bemächtigt. Die Mohajir ersetzen die vertriebenen Hindubeamten. Mit Hilfe dieser langjährigen Parteifreunde, Experten und Beamten sichert Jinnah den neuen Staat. Die Mohajir bilden eine verschwindende Minderheit – bis heute sind es weit weniger als sieben Prozent der Bevölkerung Westpakistans. Eine Mehrheit sind sie nicht einmal im Sindh. Eine schwache, zunehmend gefährdete Mehrheit stellen sie nur im Großraum Karachi und in anderen Städten des unteren Industals dar. Noch geringer an der Zahl sind diejenigen Mohajir, die die neue, aus Ligapolitikern, Ministerial- und Distriktbeamten und Militärfachleuten bestehende Staatselite bilden. Diese Kerngruppe verachtet die einheimischen, rückständigen Bevölkerungen, und sie misstraut deren Eliten und Regionalpolitikern. Eine genuine Demokratisierung will dieser Elitekader aus Angst vor den Westpakistanis, vor allem aber den Ostpakistanis nicht zulassen. Die Mohajirelite weiß, dass sie den Staat nicht nur gegründet, sondern auch erbeutet hat. Sie weiß auch, dass sie Pakistan nicht auf Dauer gegen die Einheimischen definieren, nutzen und monopolisieren kann. Die Mohajir brauchen also Verbündete (Sayeed 1968: 223–278). Dabei fällt ihr Blick von Anfang an auf eine Koalitionschance und ein drittes Ungleichgewicht.

Der Punjab gegen das übrige Pakistan

Der jetzt pakistanische Westpunjab stellt 56 Prozent der Bevölkerung Westpakistans. Diese demografische Richtgröße untertreibt aber das wahre (land)wirtschaftliche, finanzielle, politische, militärische und strategische

Gewicht dieser Provinz, also ihrer Magnaten und Eliten. Pakistan, als „Mohajiristan“ gegründet, wird frühzeitig und irreversibel zu einem „Punjabistan“. Der Mohajirelite ist es zu danken, dass dem Übergewicht dieser Provinz frühzeitig Rechnung getragen wurde. Indem sie mit den Punjabieliten kooperierte und diese in den Staat kooptierte, hoffte sie, nicht nur Pakistan konsolidieren, sondern eigene Machtreservate, Bildungschancen, Investitions- und Siedlungsenklaven bewahren zu können. Der Indus ist kein Nil; das Tal nicht Ägypten. Die Wüste dringt hier weit bis zum stets unberechenbaren Strom des Indus vor.

Wirklich nutzbar und dank der Kolonialinitiativen auch ausbaufähig war stattdessen das östlich gelegene „Fünftstromland“, der „Punjab“. Der Punjab, auch der relativ trockene Westbereich, der an Pakistan fiel, bildete damit die Korn- und Cashcropkammer des Landes. Im Punjab zeigt sich bald eine grüne Revolution. Hier bestehen seit mehr als 2000 Jahren, seit buddhistischer und Hinduzeit, Netzwerke von Handwerks- und Handelsstädten, Karawanen- und Hofzentren. Die Magnaten und Pirs kontrollieren und mobilisieren seit Jahrhunderten die nach Millionen zählenden Tagelöhner, Mittelbauern, aber auch die Händler- und Handwerkerkasten des Punjabs. Diese Eliten erkennen nach 1947, dass Pakistan irreversibel, zurzeit noch schwach, auf Dauer aber für sie nützlich ist. Pakistan verschafft seitdem den Punjabimagnaten die einzigartige Chance, ihre regionalen und sektoralen Interessen als diejenigen der Nation, als diejenigen Pakistans darzustellen und zu realisieren. Voraussetzung dafür ist, dass sie in die Regierung, in den Verwaltungsapparat und in die Muslimliga eintreten. Wenige Jahre nach der Gründung ist dieser Prozess, die „Punjabisierung“ der Staatselite, in vollem Gang. Wie der Riese Antaios neue Kraft schöpft, wenn er auf der Erde schläft, so kann sich Pakistan von nun an auf den Punjab stützen. Die Eliten des Punjab werden zu den neuen Nutznießern und Wächtern des Staates. Aber wie die Mohajir, so misstrauen auch die Punjabieliten dem Volk, ihren eigenen Gefolgschaften. Für eine Demokratie treten sie nicht ein. Pakistan lässt sich aber auch auf nichtdemokratische Weise schützen und kräftigen, entwickeln und punjabisieren – durch ein Militär, das zu mehr als drei Vierteln aus Punjabisoldaten und Punjabigenerälen besteht: Die Punjabisierung Pakistans macht seine Umwandlung in einen Militärstaat unabwendbar.

Externe und interne, strategische und strukturelle Kalküle und Zwänge treiben diese Umwandlung an: Aufgrund des Koreakriegs ist der Kalte Krieg 1950 global und eigengesetzlich geworden. Die USA stützen die Politik des „Containment“ durch Militärbündnisse – SEATO, NATO. Zwischen Südostasien und Europa soll ein Bagdadpakt, später eine „Central Treaty Organisation“ die Bündnislücke zwischen SEATO und NATO schließen. Indiens stolzer Premierminister besteht ideologisch, entwicklungspolitisch, ebenso

wie außen- und bündnispolitisch auf einem „mittleren Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Indien optiert deshalb für die nächsten zwei Jahrzehnte für eine am Ende ergebnislose „Blockfreiheit“. Indiens Weigerung, sich den neuen Bündniszwängen zu fügen, verschafft Großbritannien und Pakistan eine unerwartete Chance. Großbritannien will sich „East of Suez“ verabschieden. Die USA sollen hier die strategischen Stellungen des Empire übernehmen.

Die Pakistanisierung der Armee ist inzwischen abgeschlossen. Die scheidenden britischen Militärs, die neuen pakistanischen Generäle und die Mohajirelite – sie alle haben ein Interesse daran, dem prekären Staat in einem Zug eine neue strategische Aufgabe und einen mächtigen Schutzherren, die USA, zu verschaffen. Über Militärbündnisse, Strategie und Waffenhilfe verhandelt die Eisenhower-Administration am liebsten mit Generälen wie Ayub Khan und nicht mit ständig wechselnden Premiers. Pakistans Beitritt zur SEATO (05.03.1954), das „Mutual Defense Association Agreement“ zwischen Pakistan und den USA (19.05.1954), Pakistans Beitritt zum Bagdad/CENTO-Pakt (01.07.1955) werden deshalb vorrangig von den Militärs, manchmal ohne Wissen des Kabinetts, ausgehandelt. Der Verteidigungspakt mit den USA rettet Pakistan: Er bewahrt das Land mehrfach vor dem Staatsbankrott; er sichert den spektakulären Ausbau der Armee; er finanziert die Wirtschaftsentwicklung und Industrialisierung.

Schließlich erleichtert die Allianz Pakistan den Zugang zu neuen Technologien, Märkten und Bündnispartnern – beispielsweise der Volksrepublik China. Für die USA zahlt sich das Bündnis ebenfalls aus: Sie praktizieren mit geringem Aufwand ein so genanntes „off-shore balancing“. Vergleichbar der früheren britischen Bündnispolitik gegenüber Europa, können die USA auf diese Weise ihre Interessen auch jenseits des Pazifik mit geringem Aufwand vertreten lassen. Indiens Stellung wird jetzt in seinem ureigensten Machthof minimiert, Pakistans Stellung maximiert. Auf Dauer wird Indiens Blockfreiheit zur glücklosen Farce. Die Militärallianz stabilisiert nicht nur Pakistan, sie wertet außerdem das Militär auf und ebnet seinen Weg an die Macht. Nicht nur die neue Bündnispolitik und damit die entwicklungspolitische Schlüsselrolle der Militärs erleichtert den Putsch und die Diktatur, auch die internen strukturellen Ungleichgewichte fördern das „Pronunciamento“. Folgt man einem Schema des pakistanischen Politikwissenschaftlers Hamza Alavi, so ist der koloniale und postkoloniale Staat durch zwei Institutionenkreise charakterisiert: eine starke zivile und militärische Bürokratie und schwache, gering entwickelte Parteien und Parlamente. Diese Einschätzung entspricht nicht dem indischen, wohl aber dem pathetisch rückständigen pakistanischen Staat.

Er steht, wie jeder postkoloniale Staat, drei dominanten Schichten oder Eliten gegenüber: einer enorm einflussreichen Feudalklasse der Magnaten, einer schwachen einheimischen Bourgeoisie und einer auf dem Rückzug befindlichen kosmopolitischen, kolonialen Unternehmenselite. Moderne, urbane und marktwirtschaftliche Ordnungen sind schwach; die Magnatendominanz fast vollkommen. Die politischen Ordnungsvorstellungen und wirtschaftlichen Entwicklungsprioritäten der Magnaten lassen sich in diesem Rahmen leicht und auf Kosten derjenigen eines städtischen Unternehmertums durchsetzen. Nicht nur das: Diese Ordnungsvorstellungen und Entwicklungsprioritäten richten sich frühzeitig an eine starke Bürokratie und nicht an ferne oder korrupte Parteien. So lange starke Zivil- und Militärbeamte die Ordnungs- und Entwicklungserwartungen der Magnaten in Rechnung stellen, können sie sich auf diese strategische Gruppe stützen: Auf diejenigen vier Prozent der Bevölkerung, die 50 Prozent des kultivierbaren Bodens kontrollieren. Machtungleichheiten zwischen starken autoritären und schwachen demokratischen Institutionen, starken Magnaten und schwachem Bürgertum, fördern damit das Zusammengehen von Militär und Magnaten und erleichtern am Ende die „Entwicklungsdiktatur“. Seit Beginn der 50er-Jahre zielen damit ein strategischer „push“ und ein struktureller „pull“ in dieselbe Richtung – die permanente Aufwertung der Militärs. Während die Eisenhower-Regierung und Mohajir-Beamte die Generäle, insbesondere Ayub Khan, erst hinter und dann vor die Kulissen der Politik bitten, und während die Magnatenschichten und selbst einzelne Ligapolitiker nach „law and order“ verlangen, wird noch etwas Weiteres sichtbar: Die Armee hat sich inzwischen ein Feindbild, eine Aufgabe und ein Ideal zu eigen gemacht: Das rechtfertigt bis heute ihre neue Schlüsselrolle. Sie muss das „Land der Reinen“ vor einer aggressiven Hindumacht schützen; dazu muss sie das Land und die Wirtschaft entwickeln; schließlich ist sie – und nicht die Muslimliga – die Schutzherrin der Vision Jinnahs, der Idee von Pakistan. Wie der Militäranalytiker Stephen Cohen schreibt: „There are armies that guard their nation’s borders, there are those that are concerned with protecting their own position in society, and there are those that defend a cause or an idea. The Pakistan Army does all three.“ (Cohen 2004: 105) Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben sind nur die Besten, also die Treuesten, Stärksten und Mutigsten befähigt: die Punjabis.

Militärstaat

Seit dem „großen Aufstand“ hatten die britischen Kolonialherren ihre Rekruten vorrangig aus den „Martial Races“ des Punjab rekrutiert – Sikhs, Muslime, Hindus. Waren 1858 33 Prozent der einheimischen Soldaten, der Sepoys, Punjabis, so war dieser Anteil 1910 auf 54 Prozent gestiegen (Siddiqi 2007: 60).

Der Punjab war nicht nur die Korn- und Baumwollkammer der British Raj, er bildete auch die Grundlage für die Armeearganisation. Die Teilung Indiens 1947 erzwingt neben der Teilung des Territoriums auch die Teilung des Verwaltungsapparates, der Devisenreserven und der Armee. Da eine Armee, ihre Divisionen, Offiziersstäbe und Waffenarsenale nicht wie eine Torte aufgeteilt werden können, war die Teilung der Armee zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit noch lange nicht abgeschlossen. Bei Ausbruch des ersten Krieges über Kaschmir, im Herbst 1947, verfügt Jinnah deshalb lediglich über ein rudimentäres Truppenkontingent. In Ermangelung genügend ausgebildeter muslimischer Offiziere wird die Armee noch von britischen Offizieren befehligt. Der britische Oberbefehlshaber weigert sich, diese Truppen gegen die indische Armee einzusetzen – weil auch diese noch unter einem britischem Oberbefehlshaber stünden. Die Briten fliegen aber sehr wohl indische Eliteeinheiten nach Kaschmir und sie retten dadurch den Hindu-maharaja vor den pakistanischen Freischärlern. Pakistan verliert dadurch seinen ersten Krieg und sein Vertrauen in die Kolonialmacht. Jinnah und seine Gefolgsleute haben diese Demütigung nie vergessen. Offiziere und Generalstab werden jetzt in kürzester Zeit „pakistanisiert“. Die jetzt endlich eigenständige Armee und Armeeführung weist eine noch stärkere Punjabi-rekrutierung auf als die Kolonialarmee. Hinter der Punjabidominanz versteckt sich zugleich eine lokale und tribale Rekrutierungstradition:

“The bulk of the military personnel come from the province of Punjab. The organization is known for its ethnic homogeneity. Approximately 75 per cent of the army is drawn from three districts of Punjab, the area known as the 'Salt Range.' Another 20 per cent are from three to four districts in the North West Frontier Province (NWFP). The other two provinces, Baluchistan and Sindh, together have about a 5 per cent share of personnel. The number of ethnic Baluch, which is not more than a couple of hundred, is even less than the number of ethnic Sindhis in the armed forces. This ethnic composition plays a major role in the country's politics, since it dove-tails into the tense relationship between various ethnic communities and centre-province relations.” (Siddiqi 2007: 59)

Hinter einer vordergründigen ethnischen Exklusivität steht also eine lokale Spezialisierung auf das Kriegshandwerk – seit Dutzenden von Generationen und letztlich seit der Mogulzeit. Dieses Muster gilt nicht für die Marine und

die Air Force, allerdings sind diese Zweige angesichts der überwältigenden Größe der Armee und ihres Budgets fast bedeutungslos. Die pakistanische Armee ist damit ein Instrument der ethnischen Integration ebenso wie der Ausgrenzung.

Das Militär und die ethnischen „Minderheiten“

Die Elite der Mohajir hat es stets verstanden, sich einen Zugang zur Armee zu bewahren, allerdings nie entsprechend ihres Bevölkerungsanteils. Zia ul-Haq lässt sich den Mohajir zuordnen; Pervez Musharraf ist der Sohn eines archetypischen Mohajir. Die Armee soll aber nicht die Mohajir, sie muss die Paschtunen integrieren, zumindest entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil. Mit rund 16 Prozent Bevölkerungsanteil bilden die überwiegend in der North Western Frontier Province siedelnden Paschtunen vordergründig nur eine Minderheit; in Wirklichkeit steht oder fällt die Existenz Pakistans mit der Loyalität und Integrationsbereitschaft dieser Bevölkerungsgruppe. Die britische Kolonialmacht muss sich im „Great Game“ gegenüber Russland und Afghanistan zwischen einer vorgeschobenen oder zurückgelegenen, einer „Forward“ oder einer „Close Frontier“ entscheiden (Embree 1979: 24–40).

Da man am Ende nicht darum herum kam, die Grenzen des unvorhergesehenen und anarchischen Königreichs Afghanistans von außen durch Verhandlungen mit Russland festzulegen, entschied man sich am Ende für eine vorgelagerte strategisch günstige Grenze. Afghanistan endete jetzt nicht am Indus(west)ufer, sondern auf dem Kamm des zwischen dem Indus und Afghanistan gelegenen gewaltigen Gebirgsmassivs. Die zwei seit zwei Jahrtausenden entscheidenden Gebirgspässe, der Khaiberpass und Bolanpass, lagen damit auf britischem Gelände. Strategische Vorteile und politische Nachteile hielten sich bei diesem Arrangement die Waage. Der Nachteil dieser bis heute vor Ort nicht existenten Grenze hatte sich bereits in britischer Zeit gezeigt. Mehr als die Hälfte der Paschtunen lebten jetzt auf der britisch-indischen Seite der neuen, zunächst virtuellen Grenze. Schlimmer noch war, dass in diesen Gebirgsregionen gerade jene Paschtunenstämme lebten, deren Eigenständigkeit, Gewaltbereitschaft und Organisationsgeschick alle umliegenden Bauern und Machthaber seit jeher bedroht hatte. Die britischen Strategen versuchten, mit Hilfe dreier Arrangements dieses Problem einzugrenzen (Spain 1979: 1–23).

Sie glaubten nicht, es jemals lösen zu können. Den gewalttätigsten Bergstämme entlang der neuen Grenze wurde ein autonomes, rund 500 Kilometer langes und rund 80 Kilometer breites Gebiet zugestanden – das heutige Federally Administered Tribal Area, FATA. Im Gegenzug zu dieser Konzession vollständiger Autonomie und Immunität sollten die Stämme auf

ihre Raubzüge ins Indusdal, auf ihre Plünderungen und Erpressungen verzichten. Im Aggressionsfall organisierten die Briten langwierige, kostspielige und oft wirkungslose Vergeltungskampagnen. Das restliche Gebiet dagegen, die Gebirgshänge und das westliche Indusufer, wurden als „North West Frontier Province“, NWFP, organisiert, befriedet und direkt verwaltet. Zugleich wurde im Umkreis der Grenze und der „FATA“ ein strategisches Netzwerk von Schmalspureisenbahnen, Passstraßen, bewaffneten Stammesmilizen und Stützpunkten errichtet.

Dank dieser bis heute fortbestehenden strategischen Infrastruktur hoffte die Kolonialmacht, in das „Großes Spiel“ oder in lokale Konflikte rechtzeitig eingreifen zu können. Entscheidend aber wurde ein dritter Mechanismus: In angemessener Entfernung, jenseits des Indus, und im Eingangsbereich des eigentlichen Punjab errichteten die Briten in Rawalpindi ihre größte Garnisonsstadt. Von hier aus rekrutierten sie wie ihre Mogulvorläufer die Krieger des Potowarplateaus und der Salt Range, aber auch in immer stärkerem Umfange die Paschtunenkrieger der North West Frontier Province. Jenseits von Autonomie und strategischer Infrastruktur setzten sie damit den paschtunischen Stammeseliten ein eindeutiges Signal: Dienst in der Kolonialarmee konnte die Paschtunenführer und ihre Gefolgsleute auf hohe Ebenen kolonialer ebenso wie tribaler Macht führen. Loyale Paschtunen konnten Offiziere und später Generäle in der britischen Kolonialarmee werden.

Unter den Bedingungen kolonialer Macht ließ sich dieses Integrationsmodell mehr schlecht (im Grenzgebiet) als recht (im Indusdal) durchsetzen. Die Briten mussten aber nicht Millionen afghanischer Paschtunen über ein Jahrzehnt hinweg als Flüchtlinge aufnehmen; sie waren nicht mit internationalem Fundamentalismus, Terror oder Drogenhandel konfrontiert. Der pakistanische Staat erbt dieses dreifache Arrangement und die entsprechenden Kontroll- und Integrationszwänge (Rittenberg 1979: 67–84).

Aber Pakistan ist weit kleiner und schwächer als Britisch-Indien. Zwischen seiner afghanischen Westgrenze und seiner Ostgrenze in Kaschmir liegen kaum 200 Kilometer, und hier leben überall Paschtunen. Zwischen dem achtmal größeren Indien und dem unkontrollierbaren, aber fortdauernd paschtunisch dominierten Afghanistan besteht keinerlei „Strategic Depth“. Das durch britische und zaristische Grenzdefinition markierte Afghanistan ist aber, wenngleich immer noch arm, so doch zunehmend selbstbewusst. Bereits seit den 30er-Jahren und endgültig seit der Gründung Pakistans ist bei der Kabul-Intelligentsia jetzt von einem „größeren Afghanistan“ oder „Paschtunistan“ die Rede. Es soll bis zum Indus oder ein wenig darüber hinaus bis nach Kaschmir reichen und alle Paschtunen in einem von ihnen noch stärker beherrschten Afghanistan vereinen (Poullada 1979: 126–152).

Vom nördlichen Pakistan bliebe dann nicht mehr viel übrig. Die Einbindung der Paschtunen in die Armee und die Kontrolle über die North West Frontier Province werden damit, anders als in der britischen Zeit, zur Voraussetzung des Staatserhalts. Die Armee sichert damit den Erhalt Pakistans auf doppelte Weise: Sie ermöglicht die Punjabisierung des Kunststaates – ohne dessen Demokratisierung –, und sie sichert mit der Rekrutierung und der Beförderung von Paschtunen die Identifizierung der NWFP-Elite mit der Armee und damit Pakistan. Dieser doppelte Nutzen ist so groß, dass für ihn ein gegen die Sindhis und Balutschen gerichteter Ausgrenzungseffekt in Kauf genommen wird. Die Sindhis, 17 Prozent der Bevölkerung, sehen sich als die großen Verlierer des Pakistanprojekts. Zunächst wurde ihnen die Kontrolle über ihr wichtigstes Macht- und Wirtschaftszentrum genommen, Karachi. Aber auch nach dem Bau einer neuen Hauptstadt, Islamabad im Norden, konnten die Sindhipolitiker ihre Macht kaum mehr gegenüber der in der Karachiverwaltung verschanzten Mohajirelite durchsetzen.

Das Sindhi ist eine alte und eigenständige Verwaltungs- und Literatursprache. Es unterscheidet sich vollständig von dem Urdu, das von Anfang an zur Staatssprache Pakistans erhoben wird. Die Einführung des Urdu, nicht nur als Staatssprache, sondern für viele Jahre auch als Schul- und Verwaltungssprache des Sindh, empört die Sindhis und verstärkt den Sprachnationalismus und Regionalismus der Sindhilite (Ahmed 1992: 139–155). Sindhis haben zur Armee keinen Zugang gefunden. Ihren eventuellen politischen Widerstand glaubt die Armee mit anderen Mitteln neutralisieren zu können als durch das in ihren Augen untaugliche Mittel einer Anwerbung von Sindhirekruten. Das Gleiche gilt für die Balutschen, drei Prozent der Bevölkerung. Nach Auffassung der Armee interessieren sie sich ebenso wenig wie die Sindhis für den Dienst in der Armee und sind auch ebenso ungeeignet dafür. Im Gegensatz zu den Sindhis bringen die Balutschen aber ganz andere Bedrohungs- und Sezessionspotentiale in die strategische Waagschale. Balutschistan umfasst mit 40 Prozent der pakistanischen Staatsfläche ein Territorium von der Größe Großbritanniens.

Dieses Gebiet besteht aus vegetationslosen Gebirgsketten und Wüstenen. In seinen willkürlichen und vor Ort kaum existenten Grenzen, in seiner ethnischen und tribalen Vielfalt und in seiner strategischen Lage erinnert es allerdings an Afghanistan. Waren – nach Auffassung der US-Strategen – Afghanistan und Zentralasien der „weiche Unterleib“ der Sowjetunion, so spielt Balutschistan diese Rolle für Afghanistan, für Restpakistan, vielleicht für den Iran. Die Bevölkerung Balutschistans besteht aus zahllosen Balutsch- und Brahui sprechenden Stämmen, aus einer starken, wachsenden und durchsetzungsfähigen Paschtunenminderheit und aus Industalzuwanderern. Zusammen umfasst das gewaltige Territorium gerade fünf Prozent der

Bevölkerung – weniger als der Großraum Karachi, der unmittelbar im Osten an Balutschistan anschließt. Die Grenzen und die Herrschaftsstrukturen Balutschistans sind im Wesentlichen von Großbritannien vorgegeben worden – als Bestandteil des „Great Game“ und der in Richtung Afghanistan vorgeschobenen „Forward Frontier“. Unter geostrategischem Kalkül schufen die Briten zwei Zonen: Im Nordosten, am Bolanpass, wurde ein kleines „British Balochistan“ etabliert. Es diente dazu, diesen Pass, das nahegelegene Kandahar und Südafghanistan zu kontrollieren. Der überwiegende Rest, das ursprüngliche Balutschistan, wurde einem Khan, dem Khan von Kalat überlassen. Dieses Balutschistan war nicht als „Princely State“ unter britischer „Paramountcy“, sondern eher als selbstständiger und gleichberechtigter Verbündeter eingestuft worden. Eine spät entstandene Intelligentsia und manchmal auch der Khan selbst träumen deshalb bereits vor dem Rückzug der Engländer von einem souveränen „Greater Balutschistan“ vom Südostiran bis zum Indus. Pakistan wollte man sich selbstverständlich nicht anschließen. Balutschistan musste deshalb ein Jahr nach der Unabhängigkeit im Rahmen einer Militäraktion erobert werden. Seitdem kämpfen einzelne Stämme, Studenten, Intellektuelle und Diasporagruppen episodisch für einen einzelnen Staat. Der aus Paschtunen und Punjabis zusammengesetzte Generalstab hat diese Aufstandsaktionen, obwohl sie sich auf eine strategisch exponierte Zone gegenüber dem Iran und am Golf konzentrieren, bislang nie als wirklich bedrohlich eingeschätzt. Der Gleichmut scheint bislang berechtigt, weil die Armee in dem Land über genügend Stammespolitiker, Klienten, Zuwanderer und Paschtunenclans, Stützpunkte und Flughäfen verfügt, um sporadische und lokale Aufstände, Sektunenruhen, Attentate und Entführungen meistern zu können (Harrison 1992: 226–260).

Von Ayub bis Zia

Die Konsolidierung Pakistans durch eine Armee, die auf einer professionell wie verwandtschaftlich verbundenen Punjabi-Paschtunen-Allianz beruht, zeigt sich auf exemplarische Weise in der Figur des Oberkommandierenden und ersten Militärdiktators Ayub Khan. Ayub Khan ist ein frühzeitig punjabisierter Paschtune. Er ist kein Produkt der Kriege, sondern einer von Briten, Punjabis und Paschtunen geprägten nordwestindischen Offizierskultur – der Militärakademien und Offizierskasinos. Frühzeitig verlegt er seinen Wohnsitz in den Punjab, in die Nähe Rawalpindis. Dort liegen auch seine wachsenden Ländereien; dort befinden sich aber auch die Armeearsenale und „Ordnance Factories“. Schließlich liegen hier auch die Distrikte, die an der von Ayub Khan initiierten Industrialisierung partizipieren, eine Industrialisierung, die auch der Rüstung dient. Das Atomforschungszentrum und Nuklearwaffenarsenal Kahuta wird ebenfalls in dieser Gegend etabliert. Es

liegt zugleich in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Kaschmir. Pakistan braucht eine strategisch günstig gelegene, keine provisorische Hauptstadt. Ayub Khan lässt wenige Jahre nach dem Putsch eine solche errichten, in unmittelbarer Nähe von Rawalpindi, dem Rekrutierungsgebiet der Armee und seinem Wohnsitz. Eine militärisch-politische Doppeltstadt entsteht. Sie wird zwar „Stadt des Islam“ genannt, erinnert aber in ihrem römischen, schachbrettartigen Grundplan an ein Armeelager. Von diesem Islamabad aus können die Militärs die beiden strategischen Grenzzonen – Afghanistan und Indien/Kaschmir –, die Arsenale und die als korrupt und unfähig eingeschätzten (Punjabi)Politiker kontrollieren.

Mit dem Umzug in das in der militärischen Zentralzone gelegene Islamabad/Rawalpindi leitet Ayub Khan seit 1963 die Transformation des Kunststaates in einen Militärstaat offiziell ein. Von nun an bis heute bildet der Militärapparat die entscheidende innenpolitische wie außenpolitische Kraft. Mit zu dieser Transformation gehört allerdings auch, dass die Militärs aus eigener Überzeugung und auf Drängen der USA nicht als antidemokratisch und diktatorisch erscheinen wollen und sollen. Seit Ayub Khan wird deshalb einer immer wieder anders gestalteten demokratischen Legitimation der Militärregime die allergrößte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Ayub Khan ist der erste, der eine solche demokratische und entwicklungspolitische Rechtfertigung seines Regimes inszeniert. Er setzt damit Maßstäbe für alle seine Nachfolger. Ayub Khan hat sich nach seinem Putsch einen neuen Rang, den bislang in Südasien unbekanntem Titel des „Feldmarschalls“ verschafft. Seine des Englischen mächtigen Untertanen und Bündnispartner weist er darauf hin, dass die Militärs „Freunde, nicht Herren“ seien – so der Titel seiner Autobiografie. Auf Drängen der USA verwandelt er Pakistan in eine entwicklungspolitische „Basisdemokratie“ – unter Militäraufsicht und zunächst ohne Parteien. Mit Hilfe dieser Entwicklungsdemokratie versucht er ergebnislos, die Großgrundbesitzer- und Politikereliten zu marginalisieren und die „anständigen“ Bauernschichten, die „Tillers of the Soil“ unter Militäraufsicht in die Politik zu bringen. Ayub Khan ist damit der erste, der eine „Lokalisierung“ der Politik in Angriff nimmt, dies jedoch mit einem durchsichtigen Ziel. Er will sich eine eigene von Militärs und Distriktoffizieren beaufsichtigte Politikerklientel verschaffen. Zugleich stößt Ayub Khan ein erfolgreiches Programm der Landwirtschaftsförderung und Industrialisierung an. Trotz unbestreitbarer Modernisierungserfolge ist sein Regime aber kaum zehn Jahre nach dem Putsch am Ende. 1965 lässt sich Ayub Khan von seinem ehrgeizigen und demagogischen Außenminister Z. Bhutto zu einem zweiten Krieg gegen Indien überreden. Der Krieg endet mit der Niederlage Pakistans (Talbot 1999: 148–184).

Nur der Großmut Indiens und das Vermittlungsinteresse der Sowjetunion verhindern den Staatskollaps. Bhutto nutzt jetzt die Schwäche Ayub Khans, um ihn zu attackieren, um 1967 eine zweite, künftig mit der Muslimliga rivalisierende Volkspartei zu gründen (die Pakistan Peoples Party: PPP), und um die Rückkehr zur Demokratie zu fordern. Diese Rückkehr setzt die Durchführung der ersten allgemeinen Parlamentswahlen 23 Jahre nach Staatsgründung voraus. Die Wahl im Dezember 1970 leitet zugleich die Auflösung des geeinten Pakistan ein. Während die Awamliga in Ostpakistan triumphiert und das Land Ende 1971 in die Unabhängigkeit führt, kann sich Bhutto die Kontrolle über West- also Restpakistan sichern. Die gedemütigte Armee zieht sich aus der Politik zurück. Dies verschafft Bhutto die Möglichkeit, im April 1973 eine erste, bis heute vordergründig gültige demokratische Verfassung zu verabschieden. Sie legt Pakistan auf einen Parlamentarismus, einen Föderalismus und Säkularismus fest.

Alle Macht liegt künftig beim Premier – Zulfikar Ali Bhutto. Putschversuche werden mit der Todesstrafe geahndet. Mit dieser Klausel unterschreibt allerdings Bhutto 1973 nichtsahnend sein eigenes Todesurteil. Um die Armee weiterhin von der Politik fernzuhalten, ersetzt Bhutto das Amt des Oberkommandierenden durch ein Gremium, durch die „Joint Chiefs of Staff“. Das entscheidende Amt des Armeekommandierenden, Chief of Army Staff (COAS), vergibt Bhutto an den aus bescheidensten (Gärtner)verhältnissen stammenden Zia ul-Haq. Bhutto demütigt Zia ul-Haq im Kabinett. Die zweite Parlamentswahl 1977 und damit die Wiederwahl Bhuttos wird von massiven und letztendlich unnötigen Wahlfälschungen begleitet. Die religiösen Parteiführer und die Ligapolitiker agitieren jetzt in einer gemeinsamen Protestbewegung gegen die Manipulationen der PPP. Das verschafft Zia ul-Haq den langersehnten Interventionsvorwand. Die Armee verhängt den Ausnahmezustand, enthebt Bhutto seines Amtes, lässt einen Gerichtsprozess gegen ihn zu und inhaftiert ihn. Er wird eines politischen Mordes beschuldigt. Nachdem aber der Prozess vor einem staatlichen Gericht zu scheitern droht, wird er vor ein Militärtribunal im Cantonment von Rawalpindi gebracht. Im März 1978 wird Bhutto erwartungsgemäß zum Tode verurteilt und trotz weltweiter Gnadengesuche ein Jahr später gehängt. Das Militärgefängnis wird anschließend abgerissen. Damit hat sich Zia ul-Haq vorläufig von der eigenen Todesbedrohung durch die Verfassung Bhuttos befreit (Wolpert 1993: 303–330).

Er ist aber jetzt ein internationaler Paria; sein Militärregime ist fast bankrott. Ihn und Pakistan rettet das „Weihnachtswunder“ des Jahresendes 1979: der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan. Zia ul-Haq stellt sich der Sowjetunion nach kurzem Zögern entgegen; er unterstützt die paschtunischen Flüchtlinge, die er ohnehin an ihrer Flucht in die NWFP nicht hät-

te hindern können. Frühzeitig unterstützt er den antisowjetischen Widerstand. Er weist die zögerlichen Unterstützungsangebote des amerikanischen Präsidenten Carter als „Peanuts“ zurück und setzt alles auf eine Karte: den eventuellen Wahlsieg Reagans Ende des Jahres 1980. Der Erdrutschsieg Reagans und der Beginn der „konservativen Gegenrevolution“ legitimieren und sanieren von nun an Zias Regime; dieser bis 1988 anhaltende Prozess ist oft beschrieben worden. Weit wichtiger aber ist eine weitere jetzt einsetzende Strukturtransformation. Denn erst unter Zia ul-Haq entsteht jene verfassungsrechtliche, ideologische und vor allem ökonomische Tiefenstruktur, die dem Militär von nun an Einfluss und Kontrolle sichert, selbst wenn es die Regierung nicht ausübt. Das Regime Zia ul-Haq (1977–1988) bildet damit die eigentliche Tragödie, das später folgende von Pervez Musharraf (1999–2008) lediglich eine Farce. Zia begründet jene Strukturen und Mechanismen, die bis heute fortwirken. Es lohnt sich deshalb, diese neuen Strukturen zu betrachten.

„Milbus“

„Military Business“ oder „Military Inc“, so bezeichnet Ayesha Siddiqi das Wirtschaftsimperium, welches die pakistanischen Militärs seit Ayub, endgültig aber erst unter Zia errichtet haben. Bereits seit den 50er-Jahren ist es selbstverständlich geworden, dass Pakistan 50 Prozent und mehr des Staatsbudgets für Rüstung ausgibt; das Militär verzehrt damit die Entwicklungschancen Pakistans im Investitions-, Bildungs- und Gesundheitsbereich. Die entsprechenden Ausgabenanteile am Bruttosozialprodukt sprechen eine eindeutige Sprache. Im Zeitraum 1980 bis 2005 lagen die BNP-Anteile für das Gesundheits- und Bildungswesen bei rund 0,7 Prozent und rund 2,1 Prozent; der BNP-Anteil der Verteidigungsausgaben lag bei rund 6,0 Prozent (Siddiqi 2007: 163).

Das ist allerdings nicht die Einschätzung der Militärs. Sie sehen vielmehr die Armee und deren wirtschaftliche Aktivität als einen unverzichtbaren Faktor für die Entwicklung des Landes. Große und kleine Krieger waren seit dem indischen Mittelalter mit Jagirs, Militärlehen, ausgestattet worden. Die britische Krone konnte diese Praxis in ihrer mittelalterlichen Form nicht fortsetzen, aber im Punjab verfolgte sie eine Entwicklungsstrategie, die vergleichbare Resultate zeitigte. Die Kolonialmacht rekrutierte am Ende nicht nur mehr als die Hälfte ihrer Soldaten im Punjab, das Fünfstromland wird seit ca. 1880 systematisch zur größten zusammenhängenden Bewässerungsregion Indiens und des Empire ausgebaut. Alle fünf Flüsse werden durch Überlauf- und Regulierungskanäle verbunden, der trockene Süden und Südwesten wird durch Kanalnetzwerke erschlossen. An den oft über 100 Kilometer langen, schnurgeraden Kanälen werden tausende neuer Kanalkolo-

nien angelegt. Neue Basarzentren, Kleinstädte und Eisenbahnlinien erfassen die erzeugten Baumwoll- und Weizenüberschüsse und transportieren sie auf den Weltmarkt. Die Region wird von dem neuen, in der Form des Union Jack ausgelegten Verwaltungs- und Militärzentrum Lyallpur beherrscht – benannt nach dem Punjabgouverneur Lyall. Bei der Vergabe der lukrativen Siedlungsplätze werden selbstverständlich die Sepoys ihrem Rang und ihrer Kaste entsprechend berücksichtigt. In den Augen der Kriegerkasten und -stämme machen die Briten das Richtige – das, was jeder Delhisultane und Mogulherrscher seit jeher getan hat.

Die Bevölkerung (West)Pakistans hat sich seit der Unabhängigkeit mehr als vervierfacht: von rund 35 Millionen auf gegenwärtig rund 170 Millionen. Pakistan kann sich aber im Wesentlichen noch immer selbst ernähren. Das war nur möglich, weil vor allem seit Ayub Khan der Staat die kolonialen Kanalbautechniken und die entsprechende Bewässerungsbürokratie übernommen, effektiviert und flächendeckend im Indus zum Einsatz gebracht hat. Allein entlang des Indus sind fünf gewaltige Staudämme gebaut worden, mit denen zehntausende von Acres einstigen Wüstenlandes in Anbauflächen umgewandelt wurden. Die Armee war stets daran beteiligt. Sie ist nicht nur in den Planungsbüros und Amtsstuben vertreten. Vielmehr gilt seit Ayub Khan, dass zehn Prozent aller neu erschlossenen Bewässerungs- und Anbauflächen an die Armee, vorrangig an Veteranen, vergeben werden müssen. Diejenigen, die ihr Leben für die Nation riskieren, haben ein Recht, mit Land entlohnt zu werden. Ihr Kastenhintergrund und ihre soldatischen Tugenden machen diese Veteranen zu guten Bauern – oder Superintendenten. In den entsprechenden Kanalkolonien übernehmen sie ehrenamtliche Tätigkeiten. Sie verwalten die Register, treiben die „Irrigation Cesses“ ein und sorgen für Recht und Ordnung. Große Generäle wie Pervez Musharraf verwalten mehrere Dörfer. Die Land- und Ämtervergabe berücksichtigt den jeweiligen Rang – NCO's 32 Acres, Generäle 240 Acres. Wie in mittelalterlichen Zeiten existieren große Landbarone (Generäle) neben kleinen Land- oder Parzellenbesitzern (Dienstveteranen). Die Bodenparzellen können an- oder verkauft werden. Die gewaltige Ausdehnung der Bewässerungs- und Kanalwirtschaft wurde damit von der Armee angeschoben, sie kommt allen Diensträngen unterschiedlich zugute, und sie hat einen armeeinternen Bodenmarkt mit hohen Gewinnmargen entstehen lassen. A. Siddiqi nennt als ein Minimum 2,3 Millionen Acres, die das Militär seit Ayub allein im Punjab erworben hat (Siddiqi 2007: 174–185).

Neben dieser vordergründig feudalen Privilegierung des Soldatenberufs entsteht aber seit Ayub eine sehr viel weiter reichende moderne und industrielle Ökonomie der Militärs. Dies ist keine Parallelwirtschaft zur konventionellen, privaten oder staatlichen Industrie, vielmehr ist diese moderne

Militärwirtschaft auf vielfältige Weise mit der Privat- und Staatsindustrie verflochten. Ayub Khan will und muss Pakistan industrialisieren. Das Industal ist aber, mit Ausnahme Karachis hoffnungslos unterentwickelt, verarmt und „randständig“. Träger der Industrialisierung können nur jene orthodoxen oder häretischen islamischen Händlerkasten und -sekten sein, die sich schon seit Langem oder erst seit 1947 in Karachi im Basar, im Hafen und um die Ministerien versammelt haben. Diese Geldverleiher- und Handelsgruppen sind tüchtig genug: 1968 behauptet Ayubs eigener Wirtschafts- und Entwicklungsminister, dass sich 75 Prozent des gesamten Industrie- und Aktienbesitzes Pakistans in den Händen von 22 Familien befänden. Die meisten entstammen den Händlergruppen in Karachi, einzelne leben im Punjab, vorrangig in Lahor. Damit erhält Bhutto seit 1971 eine populistische Rechtfertigung für die Verstaatlichung dieser Banken, Import-/Exportunternehmen, Versicherungshäuser und Industriekonglomerate. Zia ul-Haq schließlich will im Einklang mit den Armeeeinteressen und der Reaganregierung wiederum reprivatilisieren und deregulieren – aber an wen und mit wem?

Seit Ayub Khan umfasst die Armee rund eine halbe Million Menschen – Soldaten, Marine- und Luftwaffenpersonal. In den jeweiligen Diensten herrscht eine strikte Hierarchie und Kastentrennung – vor allem zwischen den gemeinen Soldaten und dem Offizierskorps. Es existieren getrennte Wohnareale, Schulen, Krankenhäuser, Klubs und Kantinen. Dennoch, in der Tradition der indo-islamischen Kriegergefolgschaften und des britischen Armeepaternalismus gilt: Staats- und Armeeführung sind für alle Krieger und Soldaten verantwortlich, von der Geburt bis zum Tod. Der Dienst in der Armee beginnt früh, mit 16 Jahren. Er endet mit 40 bis 42 Jahren. Selbst für die durchschnittliche Lebenserwartung eines Pakistani der Ayubzeit bedeutete dies: Nach Dienstbeendigung hatte jeder Veteran noch ein zweites Leben vor sich und, ebenso wichtig, jeder von ihnen hatte lange zuvor bereits geheiratet und seinerseits Söhne, künftige Soldaten, in die Welt gesetzt.

Seit Ayubs Zeiten ist die Armeeführung damit nicht nur für eine halbe Million aktive, sondern eine weit größere Zahl von Familienangehörigen und Veteranen moralisch und praktisch verantwortlich. Hinzu kommen hunderttausende von Dienstleuten und Handwerkern, die offiziell oder privat in der Armee oder in den Soldaten- und Offiziersfamilien Dienst tun. Nach indo-islamischer und britischer Tradition ist die Armee, seit Ayub der pakistanische Staat, für diese ganze Gruppe verantwortlich. Legt man A. Siddiqas Schätzungen zugrunde, so handelt es sich hier um mehr als zwei Millionen Menschen. Unter diesem Gesichtspunkt reicht die Armee nicht nur in drei oder zehn der rund hundert Distrikte, sie reicht indirekt in die Mehrzahl der rund 100.000 Dörfer und Nachbarschaften des Landes hinein. Zur Versorgung und Absicherung dieser Veteranen und der von ihnen Abhängigen, ha-

ben Armee, Marine und Luftwaffe jeweils eigenständige „Welfare Trusts“ gegründet. Dies sind keineswegs nur Rentenkassen, die sich aus den festgelegten Mitgliedsbeiträgen des noch aktiven Personals speisen. Die Welfare Trusts stehen vielmehr im Mittelpunkt unüberschaubarer, vom Militär gegründeter, erworbener oder gesteuerter Industriekonglomerate (Siddiq 2007: 206–218).

Ayub erkannte frühzeitig, dass der Industrialisierungsprozess vom Militär einerseits gestützt, andererseits genutzt werden konnte. Unter Zia ul-Haq haben der antisowjetische Jihad und der saudi-arabische und amerikanische Geldsegen zu einer enormen Ausweitung der Armeebeteiligungen, -gründungen und -investitionen geführt. Es begann zunächst unter Ayub mit der Einsicht, dass auch Soldaten und Offiziere Kredite, Versicherungen, Wohnungen, Ferienreisen, Hotelübernachtungen, zum Frühstück Toast und Cornflakes, und weitere Dienstleistungen und Konsumgüter brauchen. Warum sollte die Armee angesichts einer disziplinierten und vertrauenswürdigen (eigenen) Kundschaft nicht auch eigene Banken, Versicherungen, Wohnungsbaugesellschaften, Reisebüros, Bäckereien und Hotelketten gründen? Diese „Ventures“ waren leicht zu etablieren. Die meisten der 22 Familien lebten von der Gnade des Ayubregimes. Sie stellten Kapital, Know-how oder Firmenbeteiligungen gerne zur Verfügung.

Über ein halbes Jahrhundert ist damit einerseits ein wirtschaftliches Paralleluniversum, andererseits ein Imperium entstanden, das alle Sektoren und Ebenen der konventionellen Wirtschaft inzwischen durchdringt. Vor allem die Armee verfügt über eigene Banken, Wohnungsbaugesellschaften, über das größte Straßenbauunternehmen Pakistans und über Speditionsunternehmen. Die Marine partizipiert am zivilen Seefrachtgeschäft. Die Luftwaffe organisiert Flugreisen und Ferien. Von Anfang an gilt, dass die Armee die Wettbewerbsbedingungen zu ihrem Vorteil verzerren kann. Sie kann Verluste sozialisieren, also im Militärbudget verschleiern, Gewinne aber privatisieren, also über die Welfare Trusts ausbezahlen oder reinvestieren. Kein ziviler Politiker und keine Weltbank können bis heute auf Offenlegung, politische Kontrolle oder Trennung von Kriegsdienst und Geschäft dringen. Ein solcher Versuch wäre auch deshalb widersinnig, weil fast alle Elitegruppen an dieser Kooperation verdienen. Mehr als 40 Prozent des Bodens in allen großen Städten gehört dem Militär: Hier liegen die Cantonments. Diese riesigen und schattigen Flächen werden aber nicht mehr gebraucht. Die Armee schießt, paradiert oder drillt hier nicht mehr. Auf diesen „Prime Locations“ lassen sich Hotels, Luxusappartements, Shopping malls und Banken errichten oder vermieten. Die Armee verfügt über jede Menge 40-jähriger, kerngesunder, gut ausgebildeter und anglophoner Offizierstechniker, -manager, -ingenieure. Diese arbeiten gerne in der Privatindustrie, sogar zu

einem geringeren Salär, und sie verfügen über die besten Informationen und Verbindungen. Sommers wie Winters, in Zeiten der offenen oder der diskreten Militärherrschaft ist der private Industriesektor gar nicht mehr in der Lage, „nein“ zu diesen Angeboten zu sagen. Unter Zia ul-Haq konnte sich „Milbus“ in alle Regionen und Winkel Pakistans ausbreiten. Denn Zia gab bei den von Weltbank, IWF und den USA gewünschten Privatisierungsentscheidungen grundsätzlich denjenigen Unternehmen den Zuschlag, bei denen die Welfare Trusts oder andere Armeeorganisationen beteiligt waren. Da die Militärführung die Einhaltung der Sekundärtugenden garantiert, da die Armee sich seit langem als „Guardian“, ebenso wie als „State Builder“ und „Nation Builder“ betrachtet, und da sie die Korruption und Inkompetenz der Politiker mühelos und überzeugend dokumentieren kann, kann sie auch ohne Mühe ihre Stellung als „Wirtschaftsprimus inter pares“ rechtfertigen.

Präsidentiale Demokratie

Ebenso wie Ayub, will und muss auch Zia seine Diktatur legalisieren und demokratisieren. Er bringt dabei eine bis heute fortwirkende Verfassungsmanipulation zum Einsatz. Keiner nennt sich gerne Diktator, statt Ayubs „Feldmarschall“ hatte der Bürokrat Zia zunächst den Titel „Chief Martial Law Administrator“ (CMLA) gewählt. 1978, ein Jahr nach dem Putsch, lässt er sich als Präsident einschwören. Die Amtszeit des noch unter Bhutto gewählten Staatspräsidenten F. Elahi Chaudhry ist abgelaufen. Präsident klingt respektabel, das Amt hat aber gemäß der 1973er Verfassung keine Macht. Zia ul-Haq verspricht jetzt für 1979 Neuwahlen, ein Versprechen, das er nicht halten will, denn Bhutto ist immer noch am Leben.

Seit 1979 lebt Zia damit in einem legitimationsschwachen oder -freien Raum. Die Reaganregierung wertet zwar Zia zum Verteidiger der Freiheit am Hindukusch auf, zugleich setzen aber auch immer stärkere Demokratisierungserwartungen ein. Zia sieht sich deshalb zu einer komplexen Regimelegitimation und Re-Demokratisierung gezwungen. Seit 1978 zum bislang verfassungsrechtlich belanglosen Präsidenten gekürt, muss er inzwischen alles daran setzen, sein Amt zu stärken und zu verlängern. Im Dezember 1984 hatte er im Rahmen eines manipulierten und kontrollierten Referendums zunächst für die Verlängerung gesorgt. Die Wähler wurden gefragt, ob sie zur Durchsetzung der Herrschaft des Propheten und des Islam Zia, dem einzigen Kandidaten, fünf weitere Amtsjahre geben. Das „Ja“ ist grün, in der Farbe des Propheten, das „Nein“ weiß gedruckt. Obwohl alle Beobachter die Wahlbeteiligung als gering einschätzen, belaufen sich die offiziellen Zahlen auf 62 Prozent Wahlbeteiligung und eine „Ja“-Quote von 98 Prozent.

Jetzt, mit der Aussicht auf weitere fünf Jahre Amtsdauer, kann der Präsident Pakistan re-demokratisieren. Mit einer „Revival of the Constitution

1973 Order“ setzt er deshalb zum Jahresbeginn 1985 die parlamentarische Verfassung Bhuttos wieder in Gang – angeblich. Die „wiederbelebte“ Verfassung ist eine Mogelpackung. Mehr als ein Fünftel der Verfassung ist umgeschrieben; sie ist jetzt ein trojanisches, ein parlamentarisches Pferd, das im Innern etwas vollständig Neues enthält: ein mit diktatorischen Vollmachten ausgestattetes Präsidentenamt. Die 1973er Verfassung gab dem Premier alle Macht, dem Staatspräsidenten nur repräsentative Funktionen. In dem von Zia umgestalteten Parlamentarismus ist der Präsident alles, der Premier nichts: Der Präsident kann jetzt ohne Begründung den Premier, das Nationalparlament, die vier Chief Minister, die Provinzregierungen, -parlamente und Gouverneure entlassen. Nach einer gewissen Frist müssen Neuwahlen angesetzt werden – aber auch diese Frist lässt sich verlängern. Der Präsident kann darüber hinaus auch ohne Begründung die „Joint Chiefs of Staff“ und den übermächtigen Chef der Landarmee, den Chief of Army Staff, COAS, entlassen und benennen; das Gleiche gilt für sämtliche Richter des Supreme Court und der (Provinz)High Courts. Der Präsident ist der neue Diktator. Daneben fällt schon fast nicht mehr ins Gewicht, dass Zia ul-Haq mit dieser Verfassungsmanipulation auch die Islamisierung des Staates vorantreibt. Die Verfassung räumt jetzt den neuen Shariagerichten ein Vetorecht gegenüber vorgeblich unislamischen Gesetzen ein (Weiss 1987).

Nach dem Wiedereinsatz, Revival, der präsidialisierten Verfassung im Januar werden für Februar 1985 Neuwahlen angesetzt – allerdings ohne Parteien. Damit der Wahlkampf und die anschließende Regierungsbildung den Westen dennoch überzeugen, muss Zia sicherstellen, dass die alten und verachteten Politiker sich an den Wahlen beteiligen, und er muss sicherstellen, dass er sie kontrolliert. Jedem künftigen Parlamentsmitglied wird deshalb eine beachtliche Geldsumme zugesagt. Diese kann er künftig in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Distriktbeamten, inzwischen oft Militärs, für „Development Work“ in seinem Wahlkreis verwenden. Die meisten etablierten Magnaten und Ligapolitiker folgen dem Lockruf des Goldes – mit Ausnahme der Bhutto-Tochter und -Nachfolgerin Benazir. Premier wird jetzt Junejo, ein aufstrebender Politiker, den sich Zia vom Pir von Pagaro hat empfehlen lassen. Der Pir ist der mit Abstand größte Grundbesitzer, Wadero, im Sindh und in Pakistan. Die ihm gehörenden Distrikte befinden sich in der Nähe des Larkanadistrikts, der Basis der Bhuttos. Beide Dynastien liegen seit Generationen im Streit, oft in lokalen Bürger- und Kleinkriegen (Ansari 1992: 129–154).

Das parteilose Parlament macht der Junejoregierung keine Schwierigkeiten. Damit hat Zia 1985 zunächst seine Stellung legalisiert. Auf den handverlesenen Premier kann er beliebig Druck ausüben. Nachdem allerdings 1987 das Interesse der USA an Afghanistan nachlässt, das US-

Interesse an einer pakistanischen Demokratie allerdings steigt, glaubt Junejo, sich von Zia distanzieren zu können. Dies führt zu seiner sofortigen Entlassung. Zia ul-Haq weiß aber, dass das neu geschaffene Präsidentenamt ihm allein keine ausreichende Sicherheit bietet. Er hat deshalb die Armeeführung, das Amt des COAS, niemals aufgegeben.

Der dank Zia allmächtige Präsident wird von einem Wahlkollegium, dem alle Parlamentarier des Nationalparlaments und der vier Provinzparlamente angehören, mit einfacher Mehrheit gewählt, für jeweils fünf Jahre. Die Verfassungsumschreibung Anfang 1985 von Zia für Zia hat damit für die Armee eine neue machtvolle und zugleich gefährliche Position geschaffen. So lange die Armee sicherstellen kann, dass ein ihr gewogener Beamter, Militär oder Politiker Präsident wird, hat sie nichts zu fürchten. Mit ihm kann sie ihren geballten Einfluss in die demokratische Regierung tragen und sie nach Belieben entlassen. Ein ganz anderer Fall aber muss eintreten, wenn die Parlamentarier und der Premier den falschen Mann zum Präsidenten küren: Dann muss die Armee sogar befürchten, dass ihr ein ungeliebter COAS aufgezwungen wird. Zunächst diese Steuerungschance, am Ende aber dieses Angstszenario treten ein, als Zia ul-Haq 1988 einem Flugzeugabsturz, vermutlich einem Attentat, zum Opfer fällt. Mit der jetzt einsetzenden Demokratisierung wird der Militärstaat zum Krisenstaat. Zu diesem Funktionswandel trägt aber eine dritte, von Zia initiierte, diesmal ideologische und militärische Entwicklung bei.

Jihad

Bereits wenige Wochen nach dem Beginn der sowjetischen Militärintervention lassen sich die ersten Flüchtlingsgruppen in der Grenzregion nieder. Es sind fast ausschließlich Paschtunen. Die Flüchtlinge finden bei den pakistanischen Nachbarstämmen, also in der FATA, der NWFP und im Nordosten Balutschistans Schutz und Aufnahme. Sehr bald lebt rund die Hälfte der afghanischen Paschtunen im pakistanischen Grenzgebiet. Mit internationaler Hilfe und paschtunischer Selbstverwaltung entstehen aus Flüchtlingslagern stabile, mehr als 200.000 Flüchtlinge umfassende Großstädte. Die Hauptstadt Balutschistans, Quetta, wird zur Millionenstadt. Von hier aus ziehen die seit jeher geschickten und weltgewandten, die traditionell „globalisierten“ Flüchtlinge weiter – in die großen pakistanischen Metropolen und von dort aus in den Westen. Von hier aus organisiert sich zunächst in kalkulierter Eintracht zwischen lokalen Bergpaschtunen und Zugezogenen der bewaffnete Widerstand. Rasch setzen allerdings das Ziaregime, Saudi-Arabien und die USA eine ganz andere Strategie und Präferenz durch.

Die Sowjetunion soll und kann nicht im Rahmen einer traditionellen und segmentären Widerstandsbewegung bekämpft werden. Stammesführer,

Sardare, sollen nicht von ihren Tälern und ihren Heimatregionen aus die afghanischen Mitläufer und die Soldaten der Sowjetarmee punktuell attackieren. Die Sowjetunion soll vielmehr auf der Grundlage eines ideologischen, eines fundamentalistischen Jihad flächendeckend angegriffen werden. Waffen, Ausbildung und Geld erhalten deshalb vorrangig die vordergründig leichter kontrollierbaren Führer islamistischer Parteien- und Studentenbewegungen. Von ihnen versprechen sich die Geldgeber einen Jihad, der nicht am innerpaschtunischen Stammespartikularismus scheitert. Diese Entscheidung konvergiert mit den innenpolitischen Legitimationsinteressen Zias und den außenpolitischen Prioritäten der USA und Saudi-Arabiens (Yousaf/Adkin 1992: 20–112).

Zia ist seit seinem Putsch auf der Suche nach einer populären Legitimationsformel für sein Regime. Ein sunnafundamentalistisches Reformprogramm, eine neue „Herrschaft des Propheten“, soll seiner Herrschaft die angemessene moralische Grundlage verschaffen. „Nizam-i-Mustafa“ schließt die Einführung einer parallel geschalteten Sharia-Rechtsprechung mit ein. Auf diese Weise kann Zia Druck auf die konventionellen, säkularen Gerichte und Richter ausüben. Zusätzlich verschafft ein verschärfter Blasphemieparagraf jetzt interessierten Kreisen und Mitläufern des Regimes die Chance, auf politische Gegner, heterodoxe Sekten, vor allem aber auf die wenigen Hindus und Christen Jagd zu machen. Ein islamisches Wirtschaftssystem wird allerdings nur zu Propagandazwecken eingeführt. Es umfasst ein vorgeblich zinsfreies „Islamic Banking“ und das Eintreiben einer „Armensteuer“, Zakat, bei den Unternehmen für karitative Zwecke. Nizam-i-Mustafa gestattet es Zia aber vor allem, die ohnehin gegängelten Medien jetzt mit entsprechenden Aufpassern, Journalisten und Sendungen zu durchsetzen. Das gilt auch für die Schulen und Universitäten. Hier kommen jetzt zahllose sunnafundamentalistische Traktate zum Einsatz. Die Politikwissenschaft, die Soziologie und die Rechtswissenschaft werden unter dem Vorwand des „Nation Building“ sunnafundamentalisiert. Während des Referendums, mit dessen Hilfe Zia seine Präsidentenstellung Ende 1984 um weitere fünf Jahre verlängert, fragt er deshalb auch folgerichtig: „Ob die Menschen Pakistans den von General Zia ul-Haq begonnenen Prozess fortsetzen wollen: Die Gesetze Pakistans mit den Geboten des Islam in Einklang zu bringen – so wie sie im Heiligen Koran und der Sunna des heiligen Propheten (Friede sei mit ihm) niedergelegt sind ...“ (Talbot 1999: 261).

Die Sunnafundamentalisierung dient nicht nur der Regimelegitimation. Sie verschafft Zia auch neue Partner. Pakistan verfügt, fast einzigartig in Südasien, über religiöse (Splitter)Parteien, die die drei charakteristischen Reaktionen des Islam auf den Schock der kolonialen Modernisierung reflektieren: Die Jamiat-i-Islami (JI) ist eine von Maududi bereits vor der Grün-

dung Pakistans ins Leben gerufene fundamentalistische Kaderpartei (Nasr 1994): Die Jamiat-i-Ulema-i-Islam (JUI) ist eine ursprünglich der orthodoxen (Deobandi)Reform nahestehende dogmatische, inzwischen aber zunehmend fundamentalistische Ein-Mann-Partei – das persönliche Vehikel des Maulana Fazlur Rahman aus dem Südosten der NWFP. Die Jamiat-i-Ulema-i-Pakistan (JUP) ist stattdessen eine den reformorientierten Sufischreinen und Pirs nahestehende, allerdings inzwischen ebenfalls zunehmend orthodoxe Organisation (Ahmad 1993). Die JI ist landesweit vertreten. Sie funktioniert als top-down-organisierte Funktionärspartei. Schwerpunktmäßig stützte sie sich lange Zeit auf die Mohajir. Nachdem diese die Kontrolle über die Muslimliga an die Punjabis verloren haben, wenden sie sich naturgemäß einer Partei des politischen, modernen, aber nicht demokratischen, sondern totalitären Islam zu. Die JUI findet ihre Wähler stattdessen vornehmlich bei Paschtunen, vor allem in der Nähe der Operationsbasis von Fazlur Rahman. Die JUP dagegen hat Zugang zu den Netzwerken der immens reichen „Dargas“, der Sufischreine im Industal und der landbesitzenden Pirs. Trotz ihrer unterschiedlichen Milieus haben die drei Kleinparteien sich inzwischen einen militanten Sunnafundamentalismus zu eigen gemacht, freilich in unterschiedlichem Maße (Nasr 2002: 219–224).

Zia arbeitet mit diesen Parteien, vor allem mit den Maududifundamentalisten von Anfang an eng zusammen. Die religiösen Parteien und deren Studentenorganisationen werden zu einer zweiten Stütze seines Regimes. Sie sind die „Revolutionswächter“ des „Nizam-i-Mustafa“, vor allem im Bereich der Schulen, Universitäten und staatlichen Medien. Nizam-i-Mustafa verschafft Zia aber auch die Chance, einen neuen Stil und Habitus in die Armee, vor allem in die Offizierskasinos und Generalstäbe zu tragen. Hier wird jetzt mehr gebetet und weniger offen getrunken. Vor allem aber werden unter Zia fromme, orthodoxe oder fundamentalistische Offiziere bevorzugt. Heute, 25 Jahre später, haben viele von ihnen den Generalsrang erreicht. Die interne Sunnafundamentalisierung harmoniert mit den außenpolitischen Prioritäten der USA und Saudi-Arabiens. Die Sowjetinvasion koinzidiert mit der shiafundamentalistischen Khomeinirevolution im Iran. Diese droht auf die Golfregion auszustrahlen. Die shiitische Minderheit der Hazara im Hindukusch erhält iranische Unterstützung. Die Stämme im Westen Afghanistans, keine oder nur laue Paschtunen fliehen in den Iran. Die USA und Saudi-Arabien wollen dem drohenden Shiafundamentalismus einen Sunnafundamentalismus entgegensetzen. Sie wollen zugleich die Führungsrolle Pakistans, der Sunnafundamentalisten und der Paschtunen im antisowjetischen Widerstand absichern. Zias innenpolitische Islamisierung kommt ihnen deshalb ebenso entgegen wie dessen Entscheidung der ersten Stunde, einen Jihad gegen die Sowjetunion zu organisieren. Sunnaislamisierung und Jihad

beginnen deshalb von Anfang an miteinander zu verschmelzen. Sie wirken rasch auf das Regime und die Gesellschaft zurück (Talbot 1999: 245–286).

In den Augen der Saudis bilden Jihad und Islamisierung eine unauflöslliche Einheit. Saudi-Arabien finanziert deshalb nicht nur die Mujaheddinfraktion gegen die Sardare sondern auch Moscheen und Madrassas in ganz Pakistan. Vor allem in den Flüchtlingslagern werden entsprechende Koranschulen errichtet. Dank saudi-arabischer Vermittlung etabliert sich auch eine neue fundamentalistische Internationale: Saudische, jemenitische, sudanesishe, ägyptische, insgesamt arabische Enthusiasten ziehen nach Pakistan in den Jihad. Von den USA erbittet sich das Ziaregime Geld, Waffen, Beratung und Training. Es verweigert der Regierung Reagan aber jegliche Kontrolle über die Verteilung der Waffen und Gelder. Die Organisation des Jihad wird stattdessen dem bislang unbedeutenden, jetzt aber von Zia zur internen Regimeabsicherung überall eingesetzten Geheimdienst übertragen, dem Inter Service Intelligence. Ursprünglich sollte der ISI lediglich die gesonderten Geheimdienste der Armee, Luftwaffe und Marine koordinieren. Der Primus inter pares wird auf Dauer zum „Monster“ (New York Times). Dank Zia und aufgrund des Jihad wird das einstige Koordinationsorgan jetzt übermächtig und unkontrollierbar. Die ISI-Beamten verwalten und verteilen jetzt noch nie dagewesene Waffenmengen und Geldsummen. Sie arbeiten dabei eng mit der pakistanischen Armee und den drei religiösen Parteien, vor allem der JI, zusammen. Dazu zählen aber auch deren Unterorganisationen und Schulungszentren, die Madrassas. Diese operieren vor allem im Grenzgebiet und in den Flüchtlingsstädten. Vorrangig kooperieren die ISI-Beamten mit den in unterschiedlichem Maße begünstigten Mujaheddinkämpfern und -organisationen. Eine exakte Inventarisierung und Buchführung kann und soll in diesem Interessengeflecht nicht durchgesetzt werden. Waffen und Gelder versickern in einem breiten Umfang. Beispielsweise füllen sich alle großen, seit langem von den Paschtunen kontrollierten Waffenbasare Pakistans mit neuem und anspruchsvollem Kriegsgerät. Überall, vor allem in Karachi, im Sindh, in der NWFP, treiben diese vagabundierenden Waffen neue Bandenkriege und lokale Bürgerkriege an. Nachdem die USA dem Verbleib hochwertiger Waffen, vor allem der Stingerraketen nachforschen, muss Islamabad 1988 mit dem Eintreffen einer amerikanischen Kontrollkommission rechnen (Samad 2002: 71).

Ausgerechnet jetzt bricht in dem größten Waffenarsenal Pakistans, in Ojhri, einem Vorort Rawalpindis, eine Explosion aus. Bei der über Stunden andauernden Katastrophe finden hunderte von Anwohnern durch explodierende und vom Himmel fallende Granaten und Raketen den Tod. Die Kommission muss mit leeren Händen zurückfliegen (Yousaf/Adkin 1992: 220ff.).

Die Reaganregierung hat den Mujaheddinfraktionen frühzeitig signalisiert, auch sie selbst sollten zur Finanzierung des Jihad beitragen. Das zumindest behaupten zeitgenössische pakistanische Beobachter. In jedem Fall: Der Opiumanbau, die Heroinherstellung und der Drogenhandel dehnen sich seit 1980 in den unkontrollierbaren Grenz- und Flüchtlingszonen rasch aus. An dieser Produktion und an diesem Handel partizipieren alle Beteiligten und Nutznießer des Jihad – bis hin zu Hafenspektoren und Zollbeamten der Karachi Port Authority. Die über Karachi oder mit Hilfe schwer bewaffneter Konvois über Balutschistan und die Makranküste zum Persischen Golf exportierten Heroinmengen überschwemmen Europa und die USA. Aber auch in Pakistan zeigt sich schließlich ein auf die Städte, die Armen und die Jugendlichen konzentriertes Drogenproblem. 1988 setzt der mit den USA ausgehandelte Rückzug der Sowjetunion ein; im gleichen Jahr kommt Zia bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Die Kommunisten sind gegangen, aber die Paschtunen, die Mujaheddin und die Machtkämpfe in Afghanistan sind geblieben. Pakistan hat jetzt ein beständig wachsendes Fundamentalismus-, Waffen-, Drogen-, Gewalt- und Jugendproblem. Der Militärstaat wird zum Krisenstaat (Nasr 2002: 188–218).

Krisenstaat

Mit dem Rückzug der Sowjetunion wenden sich die USA endgültig neuen Themen und Regionen zu. Pakistan kann nicht mehr mit Waffenhilfe, Schuldenstreichung und Sonderkonzessionen rechnen. Die außenpolitische Verwundbarkeit trifft mit der Führungslosigkeit des Staates und der Militärs zusammen. Nach dem Tod Zias tritt das ratlose Militär, wie schon 1970, die Flucht in die Demokratie an. Aufgrund der präsidentialen Verfassungsmanipulation Zias glaubt das Militär, bei diesem Experiment nichts zu verlieren und – gegenüber den USA – einiges gewinnen zu können. Der bisherige Zia Stellvertreter, General Mirza Aslam Beg, wird jetzt COAS. Er ernennt einen führenden und verlässlichen Pakistan Civil Service-Beamten und den Vorsitzenden des Senats zum Präsidenten, Ghulam Ishak Khan. Dieser entlässt die Regierung, legt Neuwahlen fest und leitet damit Ende 1988 die Re-Demokratisierung Pakistans ein. In dieser neuen Demokratie bestimmt von nun an das Militär vom Rücksitz aus die Geschicke des Landes. Der allmächtige Präsident sitzt am Steuer. Entsprechend den Wünschen der Rückbank und des Fahrers werden die Regierungspremiers auf den Beisitz geholt und bei Unbotmäßigkeit wieder ins Freie gesetzt. Das „Backseat Driving“ hält fast zehn Jahre, bis zum 1. April 1997. Erst dann wird es durch eine Verfassungsänderung des Premiers beendet. Diese provoziert allerdings zwei Jahre später den nächsten Putsch. Zunächst darf die Gewinnerin der Wahl von 1988,

die Bhuttotochter Benazir, im Dezember 1988 eine PPP-Koalitionsregierung leiten. Bereits im August 1990 wird sie wegen zunehmender Eigenständigkeit von Präsident Gh. I. Khan entlassen und bis zum Jahresende durch eine Interimsregierung unter Ch. M. Jatoi ersetzt.

Nach den Neuwahlen im Dezember 1990 kann jetzt endlich Mian Nawaz Sharif eine ML-dominierte Koalitionsregierung stellen. M. N. Sharif ist ein Punjabi-upstart, „Industrialist“, Produkt der Ziaära und zunächst ein Vertrauensmann der Militärs. Er ist allerdings nicht bereit, 1992 eine Verfassungsänderung zu unterstützen, die dem ehrgeizigen Präsidenten Gh. I. Khan eine zweite, 5-jährige Amtszeit ermöglicht hätte. Damit provoziert er im April 1992 seine Entlassung. Zunächst wird er durch die Interimsregierung B. S. Mazari ersetzt. Danach erzwingt Sharif aber durch einen Gerichtsbeschluss seine Widereinsetzung – für gerade zwei Monate. Jetzt wird er vom erzürnten Präsidenten endgültig verabschiedet und durch einen ehemaligen Weltbankdirektor kurzfristig, von Juli bis Oktober, ersetzt. Das Militär fürchtet inzwischen um die Stabilität des Staates und überredet endlich den aus dem Ruder gelaufenen Präsidenten zum termingerechten Abschied: Nach Neuwahlen im Oktober wird mit der Wahlgewinnerin Benazir ein gesichtswahrender Kompromiss ausgehandelt: Gh. I. Khan geht, dafür sichert die neue Premierministerin den Militärs die Wahl eines für sie akzeptablen Präsidenten zu. Der angesehene PPP-Politiker und Baluch-Stammesführer Farooq Leghari wird jetzt Präsident. Drei Jahre später, November 1996, entlässt aber der ehemalige Benazirloyalist und neue Parteigänger der Militärs die Benazirregierung – wegen Unfähigkeit, Korruption und Instabilität. Wiederum nach einer „Caretaker“-Interimsregierung – M. Khalid, November 96 bis Februar 97 – übernimmt erwartungsgemäß der Antipode Benazirs, M. N. Sharif, eine neuerliche ML-Regierung. „Who will be the last clown to bring the house down?“ fragen sich bang die Zeitgenossen.

M. N. Sharif ist zwar im Schatten der Militärs groß geworden, aber der selbsternannte „Sultan des Punjab“ hat es satt, von Präsidenten drangsaliert und von Militärs gegängelt zu werden. Er weiß, dass Präsident, Armee und ISI mehrfach Geheimfonds angelegt haben, um Schmutzkampagnen zu finanzieren und Neuwahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen; er hat erfahren, wie viele Politikbereiche, vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik – Afghanistan, Kaschmir, Indien, die Nuklearfrage, Terrorexport – als ausschließliche Domäne der Militärs behandelt werden; er will verhindern, dass der Spielraum der zivilen Regierung noch weiter eingeengt wird durch die Schaffung eines, der Türkei entlehnten „National Security Council“, mit dessen Hilfe das Militär die Kabinettpolitik direkt beeinflussen will. Nur durch Zias Tod war die Einrichtung dieses NSC bislang verhindert worden. Um die Regierungspolitik zu „re-zivilisieren“, gibt es nur ein Mittel. Durch eine

TABELLE 1: Wahlen zur National Assembly, 1970–2008, Verteilung der Sitze

	1970 (West- und Ost-Pakistan)	1977	1988	1990
Pakistan Muslim League	PML (Q) 9	PML (Q) 1	IJI 55	IJI 105
	CML 7	PNA 36		
	PML (C) 2			
PPP	81	155	93	PDA 45
JI	4	} Teil der PNA	} Teil der IJI	6
JU	7			
JUP	7			
NAP	6		ANP 2	ANP 6
MQM (seit 1988)			13	15
Andere	1 (PDP, Ost-Pakistan)	0	17	8
Awami League	160			
Unabhängige	16	8	27	13
Sitze gesamt/ gewählte Abgeordnete	300	207/200*	207/207*	207/198*
Wahlbeteiligung (% gerundet)	58	keine Angaben	43	45

* Wahlkreise mit ausschließlich muslimischen Abgeordneten

Quellen: Ian Talbot: Pakistan – A Modern History, Karachi 1999; Election Commission of Pakistan, Islamabad 2008; D. Taylor: Parties, Elections and Democracy in Pakistan, in: The Journal of Commonwealth and Comparative Politics, Vol. XXX, No. 1, 1992, S. 96–115

TABELLE 1 (fortgesetzt)

1993		1997		2002		2008	
PML (N)	73	PML (N)	135	PML (QA)	118	PML (QA)	54
PML (J)	6			~ (N)	18	PML (N)	91
				~ (J)	3	PML (F)	5
				~ (F)	5		
				~ (Z)	1		
86		PPP	19	PPP (Parl.)	63	PPP (Parl.)	122
				~ (Patriot)	17	PPP (SH)	1
		~ (SB)	1	~ (Sherpao)	2		
PIF	3		2	Muttahida Majlid-e-Amal Pakistan	59	MMA	6
				ANP	3	ANP	9
nicht teilgenommen		MQM (A)	12	Muttahida QM	17	MQM	25
				MQM Pak.	1		
16		JWP	2	Baloch. Nat. Party	2	BNP	1
[IJP	4			JWP	1		
JWP	2	NPP	1	PAT	1	NPP	1
PKQP	1			PPMAP	1		
NPP	1			PAT	1		
BNM	2			P.A.W.T	1		
NDA	1						
MDM	2						
PKMAP	3]						
15		20		17		18	
207/202*		207/201*		342/344 (davon 60 nur für weibliche und 10 für nichtmuslimische Abgeordnete)		342/337 ~	
40		35		42		keine Angaben	

TABELLE 2: Wahlen zu den Provincial Assemblies, 1988–2008,
Verteilung der Sitze

			1988	1990	1993
P U N J A B	Zahl der Sitze: 240	PML	IJI 108	IJI 216	PML (N) 106
					~ (J) 16
	seit 2002: 371	PPP	94	10	98
		Andere	6	2	PIF 2
					MDM 1
					NDA 2
Unabhängige	32	12	16		
S I N D H	Zahl der Sitze: 100	PML	IJI 1	IJI 6	PML (N) 8
		PPP	67	46	56
	seit 2002: 168	MQM	26	28	27
		Andere	1	1	NPP 2
					SBC 1
Unabhängige	5	20	5		
North Western Frontier Province	Zahl der Sitze: 80	PML	IJI 29	IJI 29	PML (N) 15
					~ (J) 3
	seit 2002: 124	PPP	21	8	22
		Andere	14	24	ANP 21
					PIF 3
					MDN 1
IJM 1					
Unabhängige	15	17	11		
B A L U C H I S T A N	Zahl der Sitze: 40	PML	ISI 8	ISI 7	PML (N) 6
		PPP	3	1	3
	seit 2002: 65	Andere	22	24 (in 8 Wahlkreisen keine Wahl)	PKMAP 4
					JWP 5
					BNM (N) 2
					IJM 3
					ANP 1
					PNP 1
	BNM (H) 4				
DIP 1					
Unabhängige	7	0	9		

Quelle: Siehe Tabelle 1

TABELLE 2 (fortgesetzt)

1997		2002		2008	
PML (N)	211	PML (QA)	173	~	86
		~ (N)	47	~	164
		~ (J)	4		
~ (J)	2	~ (Jinnah)	3	PML (F)	4
		~ (Z)	1		
	3		79		106
PDP	1	Muttahida M. A.	11		2
SSP	1	Nat. Alliance	15		
	20		38		2
PML	15	PML (QA)	15	~	9
~ (F)	7	~ (F)	13	~	9
	36				
PPP (SB)	7	PPP (P)	67	~	90
	28	Muttahida QM	41	~	51
		Mohajir QM	1		
NPP	3	Muttahida M. A.	10	ANP	2
SNF	1	Nat. Alliance	16	NPP	3
	8		5		0
PML (N)	33	PML (QA)	8	~	6
~ (J)	2	~ (N)	5	~	9
	4	PPP(P)	10	~	30
		~ (Sherpao)	12	~	7
		ANP	10	~	46
ANP	31	Muttahida M. A.	63	~	14
JUI (F)	1	P.T.e.I.	1		
	10		15		9
PML (N)	6				
~ (J)	1	PML (QA)	16	~	20
	1	PPP (P)	2	~	11
		BNP	2	~	7
BNP	10	JWP	4	NP	1
JUI (F)	7	Nat. Alliance	7	ANP	4
JWP	8	BNDP	1		
PKMAP	2	BNM	4		
		Muttahida M. A.	17	~	10
BNM	2	PKMAP	5		
	6		7		10

Verfassungsänderung muss die von Zia in die Verfassung hineingeschriebene (Entlassungs)Macht des Präsidenten beseitigt werden. Zur Verfassungsänderung, zum Streichen dieses neuen Artikels 58-(2)-(b) des 8. Amendments, bedarf es einer Zweidrittelparlamentmehrheit. Diese hat sich Sharif bei den Neuwahlen Ende 1996 gesichert. Bereits am 1. April 1997 bringt er mit Hilfe eines 13. Amendments die Interventionsmacht des Präsidenten und der Militärs zu Fall. Damit provoziert er die Armee. Es ist nun nur noch eine Frage der Zeit, wann die Militärs zurückschlagen; im Oktober 1999 ist es schließlich so weit (Talbot 1999: 287–367). Zunächst aber gilt es, diese Krisen-, „Demokratie“ einzuschätzen.

Zia-Regeln und Zia-Akteure

Während der vordergründig demokratischen Dekade gelten nicht nur Zias Spielregeln, auch die von ihm geschaffenen Akteure determinieren weiterhin die Politik: Zia musste Bhutto hängen, nur so konnte er sicher gehen, dass Bhutto nicht ihn künftig aufknüpfte: Bhuttos Verfassung bestrafte Putschisten mit dem Tod. Um aber wirklich sicher zu sein, musste Zia auch die politische Basis der Bhuttos und der PPP schwächen oder zerstören. Die PPP war mächtig geworden, weil sie über ihre Verankerung im Sindh und im Sindhregionalismus hinaus genügend Wähler, Gewerkschaften und Magnaten in der entscheidenden Machtarena, im Punjab, gefunden hatte.

Zia fördert nicht nur im Punjab Sharif und dessen Ligaorganisation, er attackiert die PPP auch in ihrer Heimatregion. Seit der Staatsgründung sind die auf Karachi und Hyderabad konzentrierten Mohajir die natürlichen Feinde der Sindhielite. Diese besteht fast ausschließlich aus einer mittelalterlich anmutenden Schicht von Großgrundbesitzern, den „Waderos“. Hier im Sindh herrschen ostelbische „Junker“-verhältnisse: Ein Prozent der Bevölkerung, die Waderos, kontrollieren mehr als 80 Prozent des kultivierbaren Bodens. Zum Vergleich: In Gesamtpakistan kontrollieren 4 Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des kultivierbaren Bodens (Kaiser Bengali in *New York Times*, 07.12.03). Viele der Waderos sind ehemalige, aus Balutschistan und Rajasthan zugewanderte Stammesführer, die sich über Jahrhunderte in Großgrundbesitzer und Lokaldespoten verwandelt haben. Die Mohajir – sofern nicht säkular eingestellt – hatten sich einen protestantischen, sekundärtugendhaften und politisch fundamentalistischen Islam zu eigen gemacht. Es war deshalb natürlich, dass sie sich nach der Punjabisierung der Muslimliga mit der zentralistischen und top-down-organisierten JI identifizierten. Eine ethnische Gruppe zu bilden und eine ethnische Partei zu gründen, wäre diesen aus Dutzenden von Regionen geflohenen Gründungsvätern Pakistans absurd erschienen.

Ende der 70er-Jahre aber ist das Ressentiment junger, aufstiegsorientierter Mohajirstudenten so groß geworden, dass sie eine ethnische und militante Mohajirstudentenorganisation begründen. Der Kampf um knappe Ausbildungsplätze und Verwaltungspositionen wird jetzt zwischen Sindhi- und Mohajirstudenten mit Gewalt ausgetragen. Das Ziaregime fördert diese Organisationen und die Umwandlung dieser Organisationen in eine Partei und „Volksbewegung“ aller Mohajir: Mohajir Qaumi Movement, MQM. Der PPP steht jetzt in ihrem ureigensten Terrain im Sindh eine starke, ethnische Gegenpartei gegenüber: Sieben Prozent der Bevölkerung Pakistans, aber ein Viertel der Bevölkerung des Sindh, sind Mohajir. Da die MQM die überwältigende Mehrheit der Mohajirstimmen an sich binden kann, beginnt sie nun auf nationaler und auf Sindhprovinzebene, eine Schlüsselrolle zu spielen. Sie sichert in Islamabad und im Sindh weniger der PPP, als der ML die Regierungsfähigkeit. Anfänglich vom Militär als „dritte Kraft“ geschätzt, entzieht sich die MQM sehr bald jedweder Kontrolle: Seit Beginn der 90er-Jahre lösen MQM-Banden in der Großregion Karachi einen gegen die Paschtunen- und Punjabineusiedler gerichteten Aufstand aus (Rösel 2006: 125–162). Karachi ist Pakistans einziger Import- und Exporthafen. Auf seinen von vermutlich 15 Millionen Menschen besiedelten Großraum konzentrieren sich mehr als zwei Drittel der Industriebetriebe des Landes. Der MQM-Aufstand, seine Entführungen, Anschläge und Hinrichtungen, Ladenschließungen und Warnstreiks gefährden deshalb die Funktionsfähigkeit des ganzen Landes.

Nur mit Schwierigkeiten gelingt es dem Militär, die Aufstandsbewegung zu spalten, die Killerkommandos zu jagen und die Stadtteilregenten der MQM „verschwinden“ zu lassen (Frotscher 2005: 117–184). Zia hatte nicht nur die MQM als Studentenbewegung gefördert, sondern auch im ländlichen Sindh versucht, die Vorrangstellung der Bhuttos zu schwächen. Dazu hatten die traditionell mit den Bhuttos verfeindeten Pirs und Waderos bei den Wahlen 1985 in besonderem Maße Nominierungs„tickets“ und logistische Unterstützung erhalten. Nicht nur zwischen Karachi und Sindh, sondern innerhalb der Sindhielite waren somit neue Feindschaften begründet worden. Zia hat für das politische Spiel nicht nur neue Regeln – präsidentiale Intervention – geschaffen und neben den religiösen Parteien neue Akteure gefördert – MQM, Junejo, M. N. Sharif –, er hat auch die unausweichliche demografische Schiefelage der pakistanischen Demokratie für seine Zwecke genutzt: Im Parlament des Punjab sitzen 240 Abgeordnete. Das sind mehr Mandatsträger als in allen übrigen Provinzparlamenten zusammen – Sindh 100, NWFP 80, Balutschistan 40. In der National Assembly sitzen lediglich 207 Abgeordnete. Der Chiefminister des Punjab beherrscht die halbe Staatsbevölkerung und mehr als zwei Drittel des landwirtschaftlichen Reichtums

des Landes. Er und seine Regierung sind zu groß, um sich dem Premier und Islamabad unterzuordnen; sie sind allerdings zu klein, um Islamabad zu dominieren. Der Schwanz wackelt mit dem Dackel: Stabilität herrscht nur, wenn im Punjab und in Islamabad dieselbe Partei herrscht – vor allem, wenn der Premier der ehemalige und de facto fortdauernde Punjab Chiefminister ist.

Wichtige Gesetzesvorhaben haben in Islamabad nur Erfolg, wenn sie von Lahore, dem Provinzparlament, mitgetragen werden. Zia setzt aber alles daran, die unter Zulfikar Ali Bhutto mühselig aufgebaute Machtposition der PPP im Punjab zu untergraben und seinen Ziehsohn Sharif und dessen ML-„Maschine“ zu fördern. Für die Demokratie und Zia bedeutet diese Entwicklung, dass die ML im Falle nationaler Regierungsfähigkeit normalerweise den Punjab beherrscht, während Benazir-/PPP-Regierungen in Islamabad den Punjab nicht oder nur schwach kontrollieren. Mit Hilfe von Kampagnen, Petitionen und der Parlamentsopposition im und aus dem Punjab lässt sich damit jederzeit Druck auf die Zentralregierung ausüben. Der Punjab ist die Hintertreppe, über die man jederzeit die Zentralregierung erreichen und beeinflussen kann (Hamid/Hussain 1992: 1–42).

Mit den von Zia geschaffenen Regeln und Akteuren versuchen die Militärs deshalb, die Demokratie auch nach Zia zu steuern. Diese Regeln und Akteure erweisen sich allerdings bald als kontraproduktiv. Sie diskreditieren und destabilisieren die demokratischen Regierungen: Bereits der erste Präsident, Ghulam Ishak Khan, provoziert am Ende seiner Amtszeit eine Staatskrise. Die MQM stürzt nicht nur Karachi ins Chaos. Die religiösen Führer und Parteien beginnen in immer stärkerem Maße, die „pakistanische Straße“ zu mobilisieren und provozieren damit auch die Militärs. Schließlich versucht der Punjabiprinz und Ziaziehsohn, M. N. Sharif, die Machtachse Lahore-Islamabad für seine eigenen Zwecke zu nutzen – gegen die Armee.

Unter solchen politischen Rahmenbedingungen kann sich Pakistan in den 90er-Jahren nicht konsolidieren. Während der 90er-Jahre wird jede rechtmäßig gewählte Regierung durch Präsidentenbeschluss vor Ende der Amtszeit abgesetzt. Insgesamt verbraucht Pakistan mit seinen Interimsregierungen neun Regierungen in zehn Jahren. Die politische Klasse erweckt keinen Respekt und kein Vertrauen: Der Leiter der dritten Interimsregierung, Moin Qureshi, muss als ehemaliger Weltbankdirektor innerpakistanische Repressalien nicht fürchten. Er macht die Liste derjenigen öffentlich, die hohe staatliche Kredite – über eine Million Rupien – in Anspruch genommen, aber nicht zurückgezahlt haben. Diese Liste umfasst rund siebentausend Personen. 71 der 207 Parlamentsabgeordneten, 300 der 460 Provinzparlamentarier, fast alle großen Unternehmen, fast alle Bhuttos, aber nicht M. N. Sharif, zehn Generäle und zwei hohe Pakistan-Civil-Service-Beamte

befinden sich auf der Liste. Insgesamt schulden die 7.000 dem Staat 60 Millionen Rupien. (Waseem 1994: 65)

Der Korruption und Inkompetenz an der Spitze entspricht der Vertrauensverlust der Wähler an der Basis. Die Wahlbeteiligung geht während der 90er-Jahre beständig zurück. Der Vertrauensverlust ist eine Konsequenz der massiven Wahlmanipulationen, die dank einer mutigen Presse, dem einzigen nachhaltig demokratisierten „Stand“ Pakistans, sichtbar werden.

Wahlmanipulationen

Die politische Klasse und das Militär zogen indirekte den direkten Wahlen vor. Wenn (bereits gewählte) Abgeordnete weitere Gremienvertreter wählten, gab es weniger Kontrollprobleme. Auf diese Weise war das erste Parlament Pakistans gewählt worden – die Wähler waren die Muslimabgeordneten aus den Assemblies der Muslimmehrheitsprovinzen Britisch-Indiens. Diese bereits durch Tod und Überalterung geschrumpfte Abgeordnetengemeinschaft hatte 1955 ihrerseits die Abgeordneten für die zweite verfassunggebende Versammlung gewählt. Diese Versammlung brachte schließlich das One-Unit-Verfassungskonstrukt auf den Weg. Auch Ayub Khan, der diese Versammlung und ihre zu späte Verfassung aufhebt, greift zum Mittel der indirekten Wahl. Auf unterster Ebene lässt er 1960 unter Aufsicht 80.000 „Basic Democrats“ in 8.000 Union Councils, in die „Basic Democracies“, wählen. Diese Abgeordneten wählten dann anschließend die Abgeordneten aller Tahsil-, Distrikt- und Provinz „Councils“ bis hinauf zur nationalen Ebene. Das Abgeordnetenpersonal blieb also unter der Kontrolle der Militärs. Auch Zia hatte bereits vor den parteilosen, nationalen Wahlen 1985 zu diesem Mittel gegriffen. Seine „Local Bodies Election“ dienten einer neuerlichen „Lokalisierung“ der Politik. Zia verschaffte sich damit eine verlässliche lokale Klientel.

Mit der Rückkehr zur Demokratie 1988 muss aber häufig direkt gewählt werden. Das stellt die in der Wahldemokratie unerfahrenen Parteien, Beamten und Militärs vor enorme Probleme; es verschafft ihnen aber auch enorme Chancen: Es gilt jetzt, die Wähler, das Wählen, die Kandidaten und das Auszählen der Stimmen zu organisieren und zu kontrollieren in einem Land ohne Pässe und Personalausweise, mit umfassendem Waffenbesitz und weit verbreitetem Analphabetismus: Rund die Hälfte der Bevölkerung ist illiterat. Seit 1981 haben die Regierungen keine Volkszählungen mehr durchgeführt: Aus den Zensusergebnissen könnten konfliktrträgliche Zahlenergebnisse resultieren: die wachsende „Überfremdung“ Balutschistans; ein politisch unerwünschter Bevölkerungszuwachs des Großraumes Karachi; eine Zunahme des Shiitenanteils in der Bevölkerung – über die tolerierbaren, offiziell vermuteten 20 Prozent hinaus; ein wachsender Anteil von Punjabis

und Paschtunen an der Bevölkerung Karachis und des Sindh. Man behilft sich deshalb seither mit Zensusextrapolationen. Erst 1998 wird wieder ein Zensus durchgeführt. Es ist deshalb schwer, die genaue Anzahl der Wähler zu berechnen und die Wähler zu registrieren. Die Anzahl der Wähler ist damit die große Unbekannte in der pakistanischen Politik (Jürgenmeyer 1997).

Seit den 70er-Jahren wurden vor Ort zwar Wählerregistrierungen durchgeführt, aber sie waren ungenau. „The electoral lists have been marred by both over registration and under registration“ (Waseem 1994: 223). 1976 und 1982 wurden vor Ort Wählerlisten ausgehängt. Die lokalen Wähler sollten sie überprüfen. Darüber hinaus besteht vordergründig die Pflicht des wahlfähigen Bürgers, sich registrieren zu lassen. Insgesamt hat dies alles nur zu einer von Ort zu Ort unterschiedlichen Konfusion geführt: Die Toten wurden nicht aus den Wählerlisten gestrichen; die Weggezogenen haben sich nicht abgemeldet – und wählen doppelt. Nicht jeder Zugezogene wird erfasst. „Impersonation“ ist gang und gebe – inklusive der dafür notwendigen Kleidungsstücke und Busse für die „Leihwähler“. Grenznahe Afghanen haben sich das Wahlrecht verschafft – vor allem in den unkontrollierbaren Stammesregionen FATA. In den FATA leben mehr als zwei Prozent der Bevölkerung; sie entsenden Abgeordnete in das Nationalparlament – die oft vom FBI wegen Drogenhandels verfolgt werden – aber die Regierung darf die Stammesgebiete nicht betreten, geschweige denn die Wahlen überwachen. Angesichts dieser Probleme verlangen die Militärs und die Muslimliga seit langem, dass die Wähler bei der Wahl einen Personalausweis, eine ID-Card, vorlegen. Die Pakistan Peoples Party, die sich stärker auf die Ärmern, auf Frauen und Analphabeten stützt, lehnt dies ab. Ihre Klientel hat weder das Geld noch die politische Protektion, um eine ID-Card zu erhalten.

1993 will der Interimspremier und ehemalige Weltbankdirektor Qureshi den „gordischen Knoten“ durchtrennen. Neu geschaffene „Mobil Units“ schwärmen aus und stellen für die Wahl die notwendigen ID-Karten her. Die entlegenen Gebiete erhalten immer noch zu wenig ID-Karten, dafür verfügen in zentral gelegenen Wahlkreisen viele Wähler nunmehr über mehrere ID-Karten. Das Problem der Wählerregistrierung und der ID-Karten verbindet sich mit dem heiklen Problem des Frauenwahlrechts. Zum Ingrimm der konservativen Maulanas und der Paschtunensardare dürfen die Frauen wählen. Das führt zu Problemen und Chancen. Frauen werden nicht ohne weiteres registriert. Mitte der 90er-Jahre waren 55 Prozent der registrierten Wähler Pakistans Männer. In den Paschtunengebieten, in der NWFP, lag der Prozentsatz allerdings bei 66 Prozent: Nicht jeder zweite, lediglich jeder dritte Wähler war eine Frau. Die Männer, Mullahs und Sardare, wissen aber auch, wie man weibliche Wähler einsetzt. Vor allem die Paschtunenfrauen stehen unter Purdah, dem Schleier- und Schutzgebot. In den den Frauen

vorbehaltenen Räumen des Wahllokals dürfen sich Männer nicht aufhalten; auf den Frauen-IDs fehlen oft die Fotos oder sie zeigen das verhüllte Gesicht. Wahlfälschung und „Impersonation“ finden deshalb in großem Umfang bei weiblichen Wählern statt. In den Stammes-, also den Transindus- und Fatagebieten ist es aber auch üblich, dass Horden verschleierter und schreiender Frauen „ihr“ Stammeswahllokal stürmen. Begleitet werden sie von ihren Männern, die in Festtagslaune mit den Gewehren in die Luft schießen. An Gesichtskontrolle, Daumenabdrücke oder an ein unbegleitetes Betreten der Wahlkabine ist unter diesen Umständen kaum zu denken. Aber auch das Männerwahlrecht steht unter dem Gesetz des Stärkeren: Es ist die führende Partei, die im Wahlkreis den Transport ihrer Wähler organisiert, die die Wähler der Gegenpartei am Wahlgang hindert, etwa durch Drohungen, Straßmilizen, Barrikaden und manchmal durch das Abbauen von Holzbrücken.

Kontrollieren die Männer die Frauen und die Parteien ihre Wähler, so kontrollieren die Militärs und die mit ihnen verbündeten Eliten- und Distriktbeamten die Kandidaten. Diese Kontrolle erfolgt seit den 50er-Jahren entlang eines berechenbaren Schemas von Sanktionen und Drohungen: Zunächst wird der Wahlkreis für die favorisierte Partei oder den Kandidaten passend zurechtgeschnitten. So muss für den bei den Wahlen 1988 durchgefallenen Interimspremier Jatoi 1990 in aller Eile ein sicherer Wahlkreis geschaffen werden, um ihm nachträglich eine demokratische Amtslegitimität zu verschaffen. Der Verwaltung und dem Militär fällt das „Gerrymandering“ leicht, weil die daran beteiligten Distriktbeamten weder begründungs-, noch auskunftspflichtig sind (Waseem 1994: 222). Manchmal erfahren die dadurch geschädigten Kandidaten nur zufällig von der neuen Einteilung ihres Wahlkreises – bei den nächsten Wahlen. Reicht das nicht, dann können unliebsame Kandidaten in Haft genommen werden, bevor sie ihre Nominierungsunterlagen abgeben. Reicht auch das nicht, dann wird die Nominierung aus formalen Gründen angefochten und eventuell nach der Wahl zurückgewiesen. Bleibt der Demokrat uneinsichtig, dann kann man ihn zwingen, seine Papiere zurückzuziehen. Dafür steht ein seit britischen Zeiten eingespieltes Eskalationsmodell zur Verfügung: Dem Kandidaten kann seine Waffenlizenz entzogen werden – er und seine Leibwächter sind jetzt umfassend verwundbar. In den Augen der Wähler haben sie ihre Ehre, Izzat, verloren. Dem Kandidaten werden seine Pferde, heute seine „four-wheel drives“ gestohlen. Die Bewässerungskanäle in seinen Dörfern und bei seinen bäuerlichen Wählern versiegen und seine Grundsteuer steigt dramatisch. Schließlich können die Abhängigen, die Landarbeiter, Pächter, Handwerker und Diener des Kandidaten eingeschüchtert oder entführt werden. Da die Großgrundbesitzer traditionell Privatarmeen unterhalten und mit Banden von

Wegelagerern, den notorischen „Dacoits“ zusammenarbeiten, haben die Distriktbeamten, die führenden Familien und Militärs keine Mühe, die notwendigen Handlanger für Einschüchterungen zu finden. Das Militär kann deshalb mit Hilfe der Distriktverwaltung und dem Elitekader des Pakistan Civil Service, PCS, unmittelbar und mühelos auf die Distrikt-, Taluk- und Wahlkampfebene einwirken.

Zehn Jahre konzederter Demokratie haben allerdings bis Ende der 90er-Jahre zu einer unvorhergesehenen Situation geführt. Diese Demokratie kann zwar seit April 1997 die Gängelung durch den Präsidenten und die Militärs beenden, sie kann sich aber von selbstverschuldeter Korruption, von „Cronyism“, Wahlschwindel und Inkompetenz nicht befreien. „The Pakistani electoral behaviour is essentially negative“ (Waseem 1994: 224). Zwar ist es seit 1993 den Kandidaten verboten, ihre Gegner als „Kafir“ (Ungläubige) oder „Ghaddar“ (Verräter) zu bezeichnen, aber wenige halten sich daran. Die Gegner denunzieren sich wechselseitig als „Feinde Pakistans“ und werden gewalttätig. „There were many people killed on pre-poll clashes. Partly this is a carryover from the past when armed clashes were the popular mode of conflict-resolution.“ (Waseem 1994: 225)

Sharifs letzte Regierung ist archetypisch für die demokratische Unzulänglichkeit der Magnatenklasse. Das Regime bereichert sich und ruiniert das Land. Sharif selbst provoziert die Militärs, er lässt die höchsten Richter des Landes verprügeln und er verfolgt die PPP-Opposition – anstelle mit ihr zusammenzuarbeiten. Bei all dem verliert er den Respekt der einfachen Wähler. Diese bezeichnen inzwischen alle Politiker als „Lotha“. Lothas sind die fast kugelförmigen Bronzegefäße, mit deren Hilfe die Menschen Südasiens sich den Hintern waschen. Greift man in das Gefäß hinein, um den Wischlappen zu befeuchten, so kippt der Lotha fast um, wippt in alle Richtungen, kommt aber bald wieder zum Stehen. Der Ansehensverlust der politischen Klasse erleichtert die Rückkehr der Militärs.

Der Sturz Sharifs

Nachdem Sharif das Amt des Präsidenten beschnitten und einen Parteigänger zum neuen Präsidenten hat wählen lassen, will er seine neue Machtfülle auskosten. Dazu zählt, dass er jetzt die entscheidende Machtposition Pakistans selbst besetzen kann, den Oberkommandierenden der Armee, den COAS. Er entlässt den ungeliebten Amtsinhaber General Jehangir Karamat, übergeht die nach Seniorität und Ansehen bereitstehenden Kandidaten der Armee und erwählt sich wie einst Bhutto einen vordergründig fügsamen und unauffälligen Mohajir: Pervez Musharraf. Was der Industriepinz des Punjab nicht berücksichtigt: Musharraf ist, wie Zia, ein lebenslanger Bewunderer der Türkei, Atatürks und der hier entwickelten „Schutzherren“-Stellung

des Militärs. Wenige Jahre später inszeniert sich Musharraf als „Ata Pak“. Musharraf hat an den besten Militärakademien Pakistans und Großbritanniens studiert. Er hat mit dem CIA-Sonderbeauftragten Robert Gates, heute Verteidigungsminister der USA, den Jihad organisiert, und er ist ein Befürworter von und Experte für Geheim- und Gebirgsmissionen im indischen Kaschmir. Seine Karriere hat Musharraf mit Unterstützung Zia ul-Haqs vorangetrieben. Ausgerechnet mit diesem vielseitigen und nur äußerlich loyalen COAS glaubt Sharif, den Rücken freizuhaben für eine weitreichende außenpolitische Wende. Sie hätte nicht nur das Verhältnis zu Indien, sie hätte die Kräfteverhältnisse im Inneren verändern können. Diese neue Indienpolitik resultiert aus einer bedrohlichen Entwicklung:

Im Mai 1998, wenige Tage nach Musharrafs Amtsantritt, zündet die erste hindunationale Regierung Indiens in der Wüste von Rajasthan mehrere Nuklearsprengköpfe. Sie macht damit offiziell und irreversibel, was sich mit Indiens erster Nuklearexplosion 1974 unter Indira Gandhi und mit der Weigerung Indiens, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten, seit langem angekündigt hatte: Indiens Aufstieg zur Atommacht (Perkovich 1999: 404–444). Pakistan kündigt sofort eigene Nuklearversuche an. Für Verhandlungen bleiben nur wenige Wochen, und wie wenig Pakistan in den Augen der Clintonregierung inzwischen wiegt, zeigt sich an deren geringer Bereitschaft, Pakistan ein strategisch und finanziell lohnendes Angebot für den Verzicht auf eigene Tests zu machen. Die Sharifregierung und das Militär können sich, ganz im Gegensatz zu Indiens Hindunationalisten, auf eine umfassende Unterstützung ihrer Atomversuche seitens der Öffentlichkeit stützen. Die Atomversuche werden erwartungsgemäß wenige Wochen nach den indischen Nuklearexplosionen im entlegenen Chagagebirge in Balutschistan durchgeführt (Levy/Scott-Clark 2007).

Seit Frühjahr 1998 stehen sich in Südasien damit zwei verfeindete Nuklearmächte gegenüber. Beide haben den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet. Pakistan hat darüber hinaus seine Technologie mit illegalen Methoden eingekauft und mit chinesischer Hilfe adaptiert. Es gibt keine zivile und formalisierte, demokratische und bürokratische Kontrolle. Es fehlen klare Zuständigkeiten, Entscheidungskompetenzen, Einsatzgremien und eine offizielle und eindeutige Nukleardoktrin. Dies steht in völligem Gegensatz zur Nuklearstrategie Indiens. Gerade die vollständige Unbestimmbarkeit eines möglichen Einsatzes von Atomwaffen verstärkt das Drohpotential Pakistans. Bereits mehrfach hat Pakistan Indien den Einsatz von Nuklearwaffen angedroht. Ein Jahr nach den Nuklearexplosionen will deshalb Indiens neuer Premier Vajpayee die Gefahren einer nuklearen Eskalation in Südasien begrenzen. Er schlägt 1999 Sharif eine weitreichende Friedensinitiative vor und fährt im Rahmen einer fast religiösen Prozession, Yatra, als erster Pre-

mier seit über 50 Jahren über die Grenze in das pakistanische Lahore. Zur Überraschung und Freude vieler Menschen kommen erste Verhandlungen, Grenzerleichterungen und Familienbesuche in Gang. Die entwicklungspolitischen, wirtschaftlichen und strategischen Erleichterungen einer solchen Entente sind für beide Staaten, insbesondere für das wirtschaftlich nachhinkende Pakistan, nicht zu unterschätzen. Sharif unterstützt von Anfang an die indische Friedensinitiative. Ausgerechnet während dieser historischen Zäsur beginnt das Militär, angeführt von Musharraf, mit einem vierten Krieg gegen Indien, einem Kleinkrieg in Kaschmir – hinter dem Rücken des ahnungslosen Premier. Musharraf entsendet als Freiheitskämpfer verkleidete Elitesoldaten über die Line of Control in das Kargil-Gebirgsmassiv nördlich der Hauptstadt des indischen Kaschmir, Srinagar. In den steilen Gebirgshängen verschanzt, können die vorgeblichen Freischärler die Militärstraße zwischen Srinagar und dem strategischen Hochplateau von Ladakh, „Kleintibet“, mühelos beschießen und nach Belieben zugänglich machen. Die Truppenversorgung und damit die indische Präsenz in der geo-politisch bedeutenden chinesisch-tibetischen Grenzregion wird bedroht – mit geringen Kosten für Pakistans Generäle. Die neue Weltmacht Indien und die friedenswillige hindunationale Regierung werden international gedemütigt.

Mit immensem logistischen Aufwand werden die in 4.000 Meter Höhe verschanzten Kommandos am Ende von indischen Elitesoldaten aus ihren Höhlen gebombt und vertrieben. Die pakistanischen Armeeausweise und Waffen werden der Weltöffentlichkeit gezeigt. Im bald anlaufenden Wahlkampf entsendet die hindunationale BJP die Kriegerwitwen der indischen Gefallenen in die jeweiligen Wahlkreise. Das trägt zum erneuten Wahlsieg der Hindunationalisten bei. Der Kargilkrieg diskreditiert die Regierung Sharif. Sie gerät sofort unter enormen Druck seitens der Clintonregierung. Musharraf und die Militärs ziehen sich aber erst zurück, als diese mit massiven Sanktionen droht. Sharif fühlt sich von Musharraf hintergangen und gedemütigt. Seiner neuen Machtposition vis-à-vis den Militärs sicher, will er die Rolle Musharrafs und der Armee jetzt vom Parlament untersuchen lassen. Parlament und Öffentlichkeit sollen sich also mit der Frage beschäftigen, weshalb das Militär zu Friedenszeiten und während einer Friedensinitiative einen unerklärten Krieg gegen Indien beginnt. Damit stellt Sharif in den Augen der Generäle die Mission und die Autorität der gesamten Armee in Frage – das kleine Pakistan vor dem übermächtigen Indien zu schützen. Im Oktober 1999 erfolgt deshalb ein neuerlicher Putsch, nachdem Sharif zuvor versucht hat, den im Ausland weilenden Musharraf abzusetzen und durch einen fügsameren General zu ersetzen. Damit ist Ende 1999 der Weg frei für eine dritte Phase der Militärherrschaft (Weaver 2002: 11–44).

Die Diktatur P. Musharrafs

Die Diktatur Ayub Khans war ein Volkstheater, diejenige Zias war und bleibt eine Tragödie. Die Herrschaft Musharrafs wandelt sich ungewollt zur Komödie. Der nach außen freundliche General glaubt, die Diktatur Zias in einem neuen Jahrhundert ein zweites Mal inszenieren zu können. Er vergisst, dass zehn Jahre der Demokratisierung, Medienrevolution und Globalisierung selbst im illiteraten und rückständigen Pakistan neue Erwartungen und Kompetenzen begründet haben. Von Zia hat Musharraf gelernt, dass er sich schleunigst einen verharmlosenden Amtstitel und dann ein autokratisches Präsidentenamt sichern muss. Er weiß auch, dass nur die USA pakistanische Militärherrschaften sanieren und aufwerten und dass die dafür notwendigen außenpolitischen Glücksfälle ersehnt, aber nicht eingeplant werden können. Und schließlich erkennt er, dass die Legitimierung, die Präsidialisierung der Diktatur erst abgeschlossen ist, wenn das Volk dem Präsidenten qua Referendum fünf Jahre Herrschaft konzidiert, worauf der Präsident das Volk mit Neuwahlen und einer demokratischen, allerdings parteilosen Regierung belohnt. Alle diese Elemente und Stadien des Ziablueprints setzt Musharraf in den kommenden acht Jahren um – und schwächt und diskreditiert gerade dadurch seine Stellung und, noch schlimmer, diejenige des Militärs.

Nach dem Oktoberputsch erklärt er sich zunächst zum Chief Executive. Wenig später erklärt sich der Chief Executive zum Präsidenten. Da das Verfassungsgericht dieser Selbsterhebung nicht zustimmt, entlässt Musharraf die Richter und ersetzt sie durch berechenbare Loyalisten. Diese konzedieren Musharraf zunächst drei Jahre im Präsidentenamt. Unter den neuen Richtern befindet sich allerdings auch der neue Chief Justice Iftikhar Chaudhry. Dieser wird sich wenige Jahre später als die Nemesis des Musharrafregimes erweisen. Wie Zia gilt auch Musharraf zunächst im Westen als Paria. In dieser Situation wird auch ihm ein politischer Gnadenakt zuteil. Ihm widerfährt zwar kein Weihnachts-, doch zumindest ein Herbstwunder: Am 11. September zerstören die Al-Quaida-Anschläge das World Trade Center. Der Chef des ISI, General Mehmood, befindet sich zufällig in Washington. Er hatte Musharrafs Putsch entscheidend unterstützt und war deshalb mit diesem Posten belohnt worden. Bereits am nächsten Tag, am 12. September, wird er frühmorgens von Richard Armitage und weiteren State Department-Leitern empfangen. Anders als in den Zeiten der Sowjetinvasion verhandeln die USA aber diesmal nicht. Musharraf wird stattdessen mit einer einfachen Frage konfrontiert. Seiner Regierung bleiben 24 Stunden, um sie zu beantworten: Sind Sie mit uns oder gegen uns? R. Armitage lässt Musharraf ausrufen: „You are either 100 % with us or 100 % against us ... there is no grey area.“ (bei Bennett-Jones 2002: 2)

Jahre später beklagt sich der Chief Executive, er sei von den Pentagonverantwortlichen auch bedroht worden: „We will incinerate you“. Musharraf bleibt keine Wahl. Pakistan wird zum südasiatischen Außenposten des Kampfes gegen den Terror; zunächst gegen das Talibanregime. Im Gegenzug streichen die USA die Auslandsschulden; sie stabilisieren, „re-evaluieren“ und akzeptieren das Musharrafregime. Aber die Balance zwischen einerseits finanzieller und politischer Aufwertung und andererseits Re-Demokratisierungserwartungen ist diesmal anders. Musharraf erhält wenig, dafür steigen jedoch die Erwartungen an sein Land – proportional zu den Misserfolgen der Bushregierung bei der Jagd nach Osama bin Laden.

Pakistan ist aber 2001 ein anderes Land als 1979: Fundamentalismus, Waffenproliferation, politische Gewaltbereitschaft und Drogenhandel sind in viele Regionen und Schichten vorgedrungen. Im Zentrum des Staates und der wieder offenen Militärherrschaft steht inzwischen ein allgegenwärtiger und kaum noch kontrollierbarer Geheimdienst, ISI. Die neue, Musharraf aufgezwungene, Bündnisrolle muss all diese Bruchlinien und Belastungen des Regimes verstärken. Damit wachsen zwangsläufig die Macht, die Subversionschancen und das Doppelspiel des ISI. Das ISI ist in all diese Probleme und Konfliktbereiche verstrickt. „It’s tentacles reach everywhere“ (New York Times 15.01.2008). Musharraf muss auf all diese Konflikte achten, den Geheimdienst hinter sich beobachten, die Armee bei sich halten und die Bushregierung zufriedenstellen. Zunächst lässt sich die neue Verwundbarkeit zwischen dem amerikanischen Hammer und dem gleichgebliebenen afghanischen Amboss noch ignorieren. Wichtig erscheint stattdessen dem Chief Executive, dem Militär und den USA die vordergründige Stabilisierung und Re-Demokratisierung des Musharrafregimes. Sie wird entlang der Fußstapfen Zias seit Anfang 2002 vorangetrieben. Im Rahmen eines Referendums sichert sich Musharraf jetzt weitere fünf Jahre als Präsident. Er ist selbstverständlich der einzige zur Verfügung stehende Kandidat. Die Frage des Referendums konfrontiert die Wähler wie einst bei Zia mit Himmel und Hölle:

„For the survival of the local government system, establishment of democracy, continuity of reforms, end to sectarianism and extremism, and to fulfil the vision of Quaid-e-Azam (Jinnah), would you like to elect President General Pervez Musharraf as president of Pakistan for five years?“ (nach Siddiq 2007: 99)

Obwohl Beobachter eine Wahlbeteiligung von 15 Prozent vermuten, spricht Musharraf von 70 Prozent, 98 Prozent der Stimmen sind für den Präsidenten. Im Besitz weiterer fünf Regierungsjahre kann Musharraf deshalb seit April 2002 das Re-Demokratisierungsrat anwerfen. Demokratisierung wird inzwischen, im Gegensatz zu den 80er-Jahren, mit Reformimperativen, mit

„Good Governance“, „Civil Society“ und „Accountability“ in Zusammenhang gebracht, kurzum dem „Washingtonkonsensus“.

Ein neu gegründetes „National Reconstruction“ bzw. „Accounting Bureau“ (NAB) organisiert die Reformdebatte. Das NAB wird von einem pensionierten General geleitet, und es überprüft die politische Elite und die Kandidaten bei den künftig anstehenden Wahlen. Unliebsame Kandidaten sehen sich mit Steuerprüfungen, Steuernachforderungen und Prozessen konfrontiert. Ayub hatte mit Hilfe einer „EBDO“ abgekürzten „Order“ unliebsame Politiker gesperrt, ge„ebdoed“. Jetzt werden sie ge„neppt“. Zu den Reformvorschlägen des NAB zählt die seit langem notwendige Erweiterung des Zentralparlaments von 217 auf 342 Sitze. Auch die Frauenquote des Parlaments soll erhöht werden. Um die Qualität der Parlamentsarbeit zu steigern, schlägt das NAB vor, dass nur Graduierte von Universitäten und Islamschulen künftig kandidieren dürfen. Nach dem Vorbild der Türkei soll jetzt endlich auch das bereits von Zia angestrebte National Security Council eingeführt werden. Mit Hilfe dieses Sicherheitsrates kann das Militär künftig direkt im Zentrum der Regierungs- und Entscheidungsmacht mitwirken. Nach einer entsprechenden „zivilgesellschaftlichen“ Debatte werden die meisten Vorschläge des NAB schließlich in einer „Legal Framework Order“ in Kraft gesetzt. Die Reformen sind der Zuckerguss, im Kern enthält die Legal Framework Order all jene Vollmachten des Präsidentenamtes, die von Sharif im Rahmen seiner Verfassungsänderung fünf Jahre zuvor gekippt worden waren. Artikel 58-(2)-(b) wird damit in vollem Umfang wieder hergestellt. Zusätzlich wird der Verfassung ein neuer Artikel 152 (A) eingeführt: Er begründet das neue National Security Council. Ihm gehören neben den acht höchsten zivilen Amtsträgern der COAS und die drei „Chiefs of Staff“ an. Vorsitzender ist der Präsident. Die Legal Framework Order öffnet den Weg für die Inszenierung neuerlicher demokratischer Wahlen. Diese werden allerdings vom nunmehr interventionsmächtigen Präsidenten diskret gesteuert.

Zunächst gründet Musharraf mit Hilfe des NAB und ISI eine eigene Partei, sein eigenes Muslim Liga-Vehikel. Die Partei verweist programmatisch auf die Person und die Ideologie dieses großen Führers, „Qaid-i-Azam“ Jinnah (ML-Q). Musharraf traut der Sharifliga nicht; ihren Führer hat er zu zehn Jahren Exil in Saudi-Arabien verurteilen lassen. Benazir Bhutto wurde nach Doha bzw. London verbannt. Wer in der ML(Q) mitarbeitet, dem ersparen das NAB und ISI die Korruptionsklagen und Wahlenfechtungen. Trotzdem erweist sich die Siegesmarge der ML(Q) in einem fragwürdigen Wahlkampf mit einer „offiziellen“ Wahlbeteiligung von 42 Prozent als unzureichend. Sie erringt gerade mal 118 der 342 (neugeschaffenen) Wahlkreise. Mit Hilfe von Bestechung und Einschüchterung werden 17 PPP-Parlamentarier jetzt zur Parteispaltung überredet. Sie gründen eine

„Parlaments“-PPP (PPP-P) und schließen sich später der Präsidentenpartei an. Mit ihnen und einem neuerdings wiedervereinigten und erfolgreichen Block sunnifundamentalistischer Parteien sichert sich Musharraf eine prekäre Mehrheit und „demokratische“ Rechtfertigung. Im Gegensatz zu Zia kann er sich aber auf seine Regierung nicht stützen und muss den Premier bald auswechseln: „The prime minister (was) an international banker brought in from Citibank in the U. S. to ensure economic and political stability as best suited the ruling coalition.“ (Siddiqa 2007: 101)

Wichtig aber ist für den Präsidenten und die Militärs ein Punkt am Horizont: November 2007. Denn zu diesem Zeitpunkt sind die fünf Amtsjahre des Präsidenten abgelaufen und Musharraf muss sich eine weitere, eine dritte Amtsdauer sichern. Aus dieser Notwendigkeit resultieren alle Qualen des lange Zeit selbstzufriedenen „Atapak“. Dabei hatte das Jahr 2007 zunächst nur mit Irritationen begonnen. Es zeigte sich, dass die Armee seit 2001 im „Kampf gegen den Terror“ in den FATA, vor allem in Waziristan mehr als 1.000 Mann verloren hatte – während Unruhen, lokale Aufstände und Bombenanschläge auf den gesamten Nordwesten übergriffen. Der „Krieg gegen den Terror“ förderte die „Talibanisierung“ der Paschtunengebiete und des Westpunjab. Noch ärgerlicher aber waren die Aktionen des Chief Justice Iftikhar Chaudhry, der begonnen hatte, dem Verbleib von 400 „verschwundenen“ Personen, überwiegend aufständischen Balutschen nachzuforschen. Da Chaudhry auf Druck nicht reagiert, suspendiert ihn Musharraf Anfang März 2007. Der Supreme Court soll die Klagen gegen den Chief Justice überprüfen. Musharraf löst mit seiner unbedachten Attacke auf den höchsten Richter des Landes die bislang größte Protestwelle gegen sein Regime aus. Er wird der Lächerlichkeit preisgegeben nachdem, vier (Protest)Monate und 42 (Protest)Tote später, der Supreme Court einstimmig I. Chaudhry wieder in sein Amt einsetzt.

Der Supreme Court hat sich inzwischen auch in die Exilfrage eingemischt und erklärt, jeder Pakistani habe ein „unveräußerliches Recht“, jederzeit in sein Vaterland zurückzukehren und sich dort überall aufzuhalten. Bereits Anfang September landet M. N. Sharif, drei Jahre vor Ende seiner Exilstrafe, im Flughafen von Islamabad: Der aus London eingeflogene Provokateur wird festgehalten und mit der nächsten Maschine nach Jeddah, Saudi-Arabien, ausgeflogen. Musharraf beginnt unruhig zu werden. Seine Amtsdauer läuft im nächsten Monat aus. Gegen den eventuellen Widerstand eines inzwischen international angesehenen und frechen Chief Justice will der Präsident seine Wiederwahl unbedingt absichern. Anfang Oktober lässt er sich von den Parlamentariern des Landes zum Präsidenten wiederwählen: Das Nationale Parlament und die vier Provinzparlamente wählen nach Artikel 58-(2)-(b) den Präsidenten. Die Parlamente stehen aber selbst vor dem

Ende ihrer Amtszeit. Es wird enormer Druck angewendet. Trotzdem erreicht Musharraf lediglich 384 der 702 Stimmen des Wahlkollegiums. Er hat aber seine Rechnung ohne den Chief Justice gemacht.

Iftikhar Chaudhry will zuerst untersuchen, ob Musharraf in seiner Doppelposition als COAS und Präsident zur Wiederwahl berechtigt war. Musharraf verspricht im Falle eines Negativentscheids, künftig auf die Armeeuniform verzichten zu wollen. Ein Zia hätte sich niemals in eine solche Zwangslage bringen lassen. Ohne die COAS-Position ist der Präsident nackt. Diese Einsicht dämmert jetzt auch Musharraf: Nachdem der Chief Justice erklärt hat, er werde sein Urteil frühestens am 6. November sprechen, verliert Musharraf die Nerven: Er ruft am 3. November den Notstand aus; alle Verfassungsrichter werden suspendiert und unter Hausarrest gestellt. Aber auch Tausende von Demonstranten, Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitiker werden inhaftiert. Um operationsfähig zu bleiben, erlässt Musharraf eine provisorische Verfassung und eine Notstandsproklamation. Diese schiebt jetzt alle Schuld auf Terroristen, Extremisten – und die Richter: „Working at cross purpose with the executive and legislative in the fight against terrorism“. (in Khan 2007: 151)

Aber bereits vor diesem Coup im Coup hat Musharraf das Vertrauen der Militärs und der USA verloren: Diese halten Musharraf für geschwächt und suchen wie 1988 einen demokratischen Ausweg aus der Krise. Musharraf soll jetzt Benazir Bhutto und M. N. Sharif wieder zum politischen Spiel zulassen. Insbesondere soll er einer eventuellen PPP-Regierung unter Benazir Bhutto zustimmen. Die USA setzen auf einen Rückzug Musharraf und auf die Kooperation mit einer als salonfähig eingeschätzten zivilen PPP-Regierung. Musharraf spielt mit: Mit einer „National Reconciliation Ordinance“ ermöglicht er Benazir Bhutto die Rückkehr. Im Triumph durchquert ihr Konvoi am 18. Oktober Karachi, bis er durch eine ungeheure Detonation auseinandergerissen wird. Mehr als 140 Menschen sind sofort tot, viele weitere hundert sind schwer verletzt. Wie durch ein Wunder überlebt Benazir Bhutto. Sie, die wie eine unverwundbare Göttin dem Glutball entsteigt, erscheint im gerade anlaufenden Wahlkampf als frei, stark und furchtlos – im Gegensatz zu dem stümperhaften Präsidenten. Ihre Absprachen mit Musharraf, ihr korrupter Ehemann Zardari, „Mister ten percent“, und ihre Intrigen während des Exils sind vergessen. Jetzt taucht aber, zu allem Überfluss, auch Sharif zum zweiten Mal im Flugzeug auf. Musharraf, unter dem doppelten Druck der Militärs und der USA, resigniert. Er verzichtet jetzt auf seine entscheidende militärische Machtposition; weinend führt er seinen Nachfolger, den schweigsamen General Kayani, Ende November in das Amt des COAS ein. Der Präsident weiß, dass er jetzt allein steht. Wie der Chatham-House-Analytiker Rizvi sagt: „(The army) could let Musharraf know

that it can no longer defend the government and he has to resign. It will not be a coup. It will be a polite advice.” (New York Times, 15.01.2008)

Neuwahlen werden jetzt festgelegt, und damit wird auch eine Zukunft ohne einen Präsidenten Musharraf vorstellbar. Genau zu diesem Zeitpunkt, kurz vor Jahresende, wird Benazir Bhutto während einer Wahlveranstaltung inmitten von Lahore getötet. Die vom Mord ausgelöste Welle der Gewalt und der Trauer erschüttert das ganze Land und diskreditiert Musharraf ein weiteres Mal. Der Mord an Benazir sichert der PPP einen prekären Wahlsieg und dem diskreditierten Witwer Zardari eine zweite politische Karriere – zunächst als de-facto-Chef der PPP. Die PPP wird jetzt endgültig zum Privatbesitz der Bhuttos; ein „beweglicher Darbar“. Premierminister einer auf die Unterstützung seitens der ML und Sharifs angewiesenen Koalitionsregierung wird der ehemalige Ziagünstling und spätere Seitenwechsler und Benazirparteiengänger Gilani. Er ist „Makhdum“, also „Erlauchter“ und (Sufi-)Erbheiliger aus Multan (Pfeffer 2008a).

Musharrafs Statur schrumpft. Sein Überleben verdankt er zunächst noch ausgerechnet einem zynischen Kalkül Zardaris: Nur unter einem Präsidenten Musharraf fühlt sich Zardari vor Korruptionsermittlungen geschützt. Anfänglich von Musharraf verfolgt, waren im Jahr 2004, vermutlich auf Drängen der USA, alle Anklagen gegen ihn fallen gelassen worden. Zusätzlich fühlt er sich durch Musharrafs „National Reconciliation Ordinance“ geschützt – auch wenn diese ursprünglich seiner Ehefrau gegolten hatte. Fällt Musharraf, so ist Zardari den Verfolgungsinteressen I. Chaudrys ausgesetzt. Zardari misstraut aber dem unbestechlichen Chief Justice. Deshalb verweigert sich der PPP-Chef dem Wunsch Sharifs, Musharraf zu stürzen. Erbittert zieht deshalb M. N. Sharif im Mai seine Anhänger aus der Regierungskoalition ab, kann aber die Regierung dennoch nicht stürzen. Im Rahmen eines komplizierten Intrigenkarussells findet jetzt Zardari zu einer die Militärs, die USA und vor allem die eigene Person befriedigenden Lösung: Musharraf tritt am 19. August zurück und er, Zardari, wird Präsident.

Bereits vorher hat Zardari seine Schwester zur Ministerin gemacht. Sie passt für ihn seitdem auf Gilani und die Kabinettskollegen auf. Sie ist mit einem Talpur verheiratet. Talpurkönige haben den Sindh länger als ein Jahrhundert beherrscht und zählen noch heute zu den größten Landbesitzern. Sie kann sich damit durchaus mit Gilani messen, dem Makhdum und Sajjada Nashin, „auf dem Gebetsteppich Sitzenden“ von Hala – einem der größten Sufischreine im Sindh. Zardari, neben Sharif eine sprichwörtlich gewordene Allegorie der Korruption und Menschenverachtung, wird damit zum Anführer und Symbol der „demokratischen Erneuerung“. Die Armee und Kayani können sich beruhigt zurückziehen. Sie sind wieder im Besitz außerordentlicher Vollmachten und Interventionschancen – Artikel 58-(2)-(b), National

Security Council. Unter diesen Rahmenbedingungen droht den Pakistanis jetzt nach den 90er-Jahren ein zweites demokratisches Jahrzehnt. Plus ça change, plus c'est la même chose. (Pfeffer 2008; 2008a)

Allerdings: Die Krisen dieses Staates sind jetzt bedrohlicher und häufiger geworden. Sie sollen abschließend kurz dargestellt werden.

Schluss

Wieso ist der von extremer regionaler, sozialer und ethnischer Ungleichheit, von ökonomischer und politischer Rückständigkeit und von weit verbreiteter Gewalt geprägte Staat bislang nicht zusammengebrochen – trotz seines Mangels an wirkungsvollen Grenzen, innerer Legitimität und einer lokal durchsetzungsfähigen Verwaltung? Eine konventionelle Erklärung lautet: Die Konflikte, die den Kunst- und Militärstaat bislang bedrohen, sind zu kleinteilig, zu isoliert oder zu unterschiedlich, als dass sie sich wechselseitig verbinden, verstärken und verselbständigen könnten. Anstelle regionaler und ethnischer Identitäten und Antagonismen überwiegen lokale und tribale. So lange in Balutschistan Clans, Lineages und Stämme um Weiden, Posten und Royalties (aus der Erdgasförderung) kämpfen, geht von einem „Greater Balutschistan“ keine Drohung aus. Solange sich Wadero-Privatarmeen im Sindh und Paschtunen-Sardare in der NWFP bekämpfen, muss man den Sindh- und den Paschtunennationalismus beobachten, aber nicht fürchten. Neben die Begrenztheit der Identitätsmuster und der Mobilisierungsreichweiten tritt die Lokalisierung der Konflikte. Sie reichen selten über die Distrikte hinaus, fast nie übersteigen sie die Provinzgrenzen. Im Jhanddistrikt kämpfen seit Jahrzehnten schiitische und sunnitische Magnaten mit ihren Privatarmeen, Gefolgschaften und „Dacoits“ um die Vorherrschaft. Wie in britischen Zeiten ist es aber dem Militär und der Verwaltung bislang immer gelungen, den Bürgerkrieg innerhalb des Distrikts zu halten.

Das Gleiche gilt für die zahllosen Sektenkämpfe, Bandenkriege, Familien-, Stammes- und Kastenfehden, die die übrigen Distrikte unsicher machen. Schließlich heben sich diese Konfliktlinien dank ihrer Unterschiedlichkeit wechselseitig auf. Die Provinz- und Distriktbevölkerungen ordnen sich nicht vorrangig einem einzigen regionalen oder ethnischen, sondern mehreren, also engeren oder quer liegenden Identitäts- und Loyalitätsmustern zu. Sie sind Parteigänger eines Stammesführers, einer (Kasten-)„Bruderschaft“/„Biradheri“, einer Sekte oder fundamentalistischen Organisation, eines lokalen ML- oder PPP-Magnaten. Mehrfache und unterschiedliche Identitätsmuster, Gefolgschaftszwänge und Loyalitätsangebote mahlen deshalb die Provinz- oder Distriktbevölkerungen klein. Sie zerreiben sie zu wechselseitig inkompatible Gruppen, die niemals dem gleichen religiösen,

politischen, ethnischen, sozialen Ideal oder „Marker“ Vorrang einräumen. Die Unterschiedlichkeit der Loyalitätsangebote, Gefolgschaften und Konflikte verhindert somit die Entstehung großer sozialer, ethnischer oder religiöser Blöcke und damit landesweiter Konflikte und Konfrontationen. Das Militär und die ethnisch und kulturell weitgehend integrierten Eliten könnten solche Blöcke durch Fraktionierung, Kooptation und Einschüchterung wohl kaum mehr auflösen und neutralisieren.

Nach dieser Lesart verdankt der Kunststaat sein Überleben einem Akt des kreativen Versagens. Die fortdauernde Rückständigkeit, der ungeheure soziale und religiöse Traditionalismus, der Analphabetismus, die geringe Urbanisierung und die Orts- und Distriktgebundenheit des Lebens verhindern bislang die Entstehung jener Identitätsmuster, Forderungen, Parteien und Konflikte, die den Staat auf eine politische und soziale Modernisierung, auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung verpflichten würden. Sein Entwicklungsversagen hat den Staat bislang vor Forderungen und Massenbewegungen geschützt, die ihn zur politischen Modernisierung gezwungen oder bei Misserfolg in den Bürgerkrieg gestürzt hätten. Nach dieser Einschätzung wäre die Zeit bislang für die Militärs und den Status quo und gegen den Ausbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verlaufen. Die Entwicklung der letzten 20 Jahre widerspricht aber dieser Sicht. Die Verwandlung des Militärstaates zum Krisenstaat ist Resultat eines unvorhergesehenen Modernisierungsprozesses: Nicht der Staat, seine Wirtschaft oder seine Politik, sondern die ihn bislang begleitenden, aber nicht bedrohenden Konflikte und Krisen werden seit dem Beginn des antisowjetischen Jihad „modernisiert“.

Jihad, Globalisierung und Fundamentalisierung, am Ende die „Talibanisierung“ Afghanistans und seit 2001 auch Pakistans, dies alles löst eine Steigerung, Verknüpfung und Vervielfältigung bislang getrennter Konflikte in und um Pakistan aus. Kleinteilige, isolierte und bislang inkompatible ethnische, lokale, soziale, sektarische und politische Konfliktlagen berühren, verbinden und verstärken sich. Nach dem Rückzug der Roten Armee 1988 sieht sich Pakistan mit unklaren Herrschaftsverhältnissen im Nachbarland, mit tausenden von arbeitslosen fremden Mujaheddin und mit einem Jugend-, Drogen-, Waffen- und Fundamentalismusproblem im eigenen Land konfrontiert. Um Pakistan und die Grenzgebiete vor den demobilisierten Mujaheddin zu schützen, werden viele nach Osten, über die LOC, ins indische Kaschmir geschickt. Sie begründen Dutzende von neuen Terrororganisationen. Von ISI und JI logistisch versorgt und in Kooperation mit militanten Kaschmiris, lösen sie einen bis heute andauernden Aufstand im Hochtal aus, der mehr als 70.000 überwiegend zivile Opfer kostet, einen wesentlichen Teil der indischen Armee bindet und Indiens Counter Insurgency internationaler

Kritik aussetzt. II und die Mujaheddin werden von einer einfachen Überzeugung getragen:

„Wir haben gesehen, wie das kleine Land Afghanistan gegen eine Supermacht (die Sowjetunion) kämpfte, sie zum Rückzug zwang, ihren Niedergang und ihre Auflösung auslöste. Wir sahen, wie am Ende fünf neue islamische Staaten entstanden. Weshalb sollten wir das gleiche nicht in Kaschmir mit Indien versuchen?“ (Azam Inquilabi, in: Schofield 2000: 126)

Es geht damit nicht mehr nur um die Kontrolle über Kaschmir. Schützen will sich Pakistans Militär vor Indiens uneinholbarer Übermacht mit Hilfe seiner Atomwaffen – the weapon of last resort. Schwächen oder diskreditieren aber wollen die Militärs Indien mit Hilfe von Terrorangriffen.

Spätestens seit dem 11. September greifen innerpakistanische oder Kaschmiri-Terrororganisationen exponierte Ziele in Indien an. Parallel zum Terrorexport und zur Verselbstständigung dieser Organisationen proliferiert der Terror im Binnenland. Die vorrangig sunnifundamentalistischen und terroristischen Gruppen entgleiten nicht der Kooperation, sehr wohl aber der Kontrolle seitens des ISI und der diversen religiösen Parteien. Die Verfolgung von Shiaanhängern und die Attacken auf Shia-Inambaras (Schreine) nehmen insbesondere im Großraum Karachi und im Punjab pogromartige Formen an. Militante Sunnaorganisationen machen aber auch zunehmend Jagd auf missliebige Journalisten, PPP-Anhänger, Frauenrechtlerinnen, aufrechte Christen, Hindus oder Vertreter von Menschenrechtsorganisationen. Noch gefährlicher sind allerdings die Entwicklungen an der undurchschaubaren „Westfront“ des Landes. Seit 1988 kämpfen Paschtunen-, Tadschiken-, Usbeken- und Turkmenenführer und -fraktionen um die Kontrolle Afghanistans und belagern Kabul. Die Hauptstadt wird zusammengeschossen, die Bevölkerung mehrfach ausgeplündert, die Frauen vergewaltigt. Das Land fällt bis 1994 wieder in seinen historischen Normalzustand: Lokale Machthaber, früher Sardare, jetzt „Warlords“, kontrollieren strategische Zonen und besteuern Straßenabschnitte und Pässe.

Seit 1994 suchen die Clintonregierung, Saudi-Arabien, das Militär unter A. Jahid (COAS) und die PPP-Regierung nach einem Weg, Afghanistan wieder zu vereinen. Eine neue Regierung in Kabul sollte auf Pakistan ausgerichtet, also wie fast immer paschtunisch sein; sie sollte überdies den pakistanischen Unternehmern und Händlern nicht nur den Weg nach Afghanistan, sondern in das seit 1991 unabhängige Zentralasien öffnen. Diese Transporterleichterungen und Marktzugänge sollten auch künftig den USA den Bau von Öl- oder Erdgasleitungen in Richtung Indus, Balutschistan und Indischem Ozean ermöglichen. Alle Beteiligten sind sich einig, bei der Wiedereroberung des Landes auf die sunnafundamentalistische Karte zu setzen. Es sind deshalb sunnafundamentalistische Mujaheddin der zweiten Generation, also Flüchtlingskinder und (Koran)Schüler, „Taliban“, die nach Afghanistan

geschickt werden. Da die oft nur Siebzehnjährigen noch keine Panzer und Flugzeuge steuern können, besorgen dies pakistanische Veteranen. Saudi-Arabien fliegt die notwendigen Pick-up-Trucks ein. Die neu gegründete Al-Qaida-Organisation unterstützt die Invasion. Die Taliban können ohne Mühe die lokalen Machthaber besiegen, einkaufen oder beteiligen. Die USA und Pakistan verlieren aber fast von Anfang an jedwede Kontrolle über die Führungsriege dieser fundamentalistischen „Jugendbewegung“. Seit 1996 zeigt sich eine bislang unvorhergesehene Bedrohung: In Kabul und Restafghanistan herrscht eine zwar paschtunische, aber vormoderne, fast analphabetische, fundamentalistische Regierung. Sie verweigert die offizielle Kooperation mit der Regierung und der Armee Pakistans, unterhält aber enge Beziehungen zu allen fundamentalistischen Kreisen Pakistans, vor allem zu Millionen von Jugendlichen und Paschtunen innerhalb und außerhalb der FATA. Zu den Bewunderern zählen aber auch Hunderttausende von Koranschülern, Mullahs, JI-Politikern und -Mitgliedern in ganz Pakistan. Die Grenze und die Distanz zwischen verschiedenen paschtunischen Regionen, fundamentalistischen Kreisen oder orthodoxen Milieus verschwindet. Nach den Anschlägen des 11. September wird das Talibanregime im November rasch beseitigt. Gewalt, vor allem aber Geld macht die entscheidenden Pässe und Verkehrsverbindungen frei. Wieder ein Paschtune, der ehemalige BBC-Übersetzer, Ölexperte und US-Flüchtling, H. Karzai, wird als demokratischer Präsident etabliert. (Pfeffer 2008a)

Die Installation dieses „Bürgermeisters von Kabul“ markiert aber für Pakistan, für Musharraf und die Militärs den Beginn einer neuen, bedrohlichen Entwicklung. Warum sollte den USA und der NATO gelingen, was seit 2.500 Jahren Achämeniden, Mazedoniern, indischen Großkönigen, Turkvölkern, Mogulen und Safawiden und schließlich den Briten und der Sowjetunion misslungen war: die Befriedung und Entwicklung einer Berg- und Wüstenzone, die es in 2.000 Jahren zu keinem eigenen, tragfähigen Staat gebracht hat! Da sich Karzais multiethnische Demokratie von Anfang an nicht durchsetzen lässt, sind die USA seit 2002 gezwungen, drei Kriege gleichzeitig zu führen: Die US-Invasion hat die Taliban und die Al-Qaida-Kämpfer in die FATA und in die übrigen pakistanischen Grenzregionen getrieben. Die seit 1996 unterworfenen Warlords können sich reetablieren und mit den zurücksickernden Taliban verbünden. Mautgebühren, Kidnapping, Schutzgelder, Abgaben aus Entwicklungsprojekten und Opiumanbau finanzieren die Warlords und die Taliban. Mit ihren Angriffen, Überfällen und Straßenbomben müssen sich die NATO-Truppen in immer stärkerem Maße beschäftigen. Die FATA und Grenzregionen dagegen haben sich jetzt in neue, multiethnische Todes- und Terrorzonen verwandelt.

Die einheimischen Stämme haben nicht nur Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer aufgenommen. Hier operieren auch Mujaheddin, die sich aus Kaschmir und Indien abgesetzt haben, Fundamentalisten und Terroristen aus allen neuen Ländern Zentralasiens, ebenso wie Drogenhändler und Waffenschmuggler. In diesen unzugänglichen Zonen machen jetzt amerikanische Spezialtruppen unter Einsatz von Drohnen Jagd auf Osama bin Laden und Al-Qaida-Gefolgsleute. Die US-Invasion hat im November 2001 die Taliban nicht nur in die FATA getrieben, sie sind von hier aus auch in die anderen Grenzregionen, in die NWFP und in die Städte weitergewandert. Hier und in den unzugänglichen „Northern Areas“ können sie seitdem viele Stammesfürsten und Mullahs für lokale Aufstände gewinnen. Entlang der gesamten Grenze ist deshalb seit 2002 die pakistanische Armee in einen dritten Krieg verwickelt. Auf Drängen der USA dringen pakistanische Truppen in die FATA ein und jagen „Terroristen“, oder aber die Armee versucht – zur Wahrung ihres Gesichts und der Regimestabilität –, lokale Aufstände niederzuschlagen. Mit diesen Angriffen untergraben Musharraf und die Armee eine Paschtunen-Punjab-Allianz, auf die sich Staat und Armee stützen. Indem sie die Immunität der Grenzregionen und Bergstämme verletzen, treiben sie die Gesamtheit der Paschtunen, also fast alle Grenzbevölkerungen in die Arme der Taliban, der Sunnifundamentalisten und der paschtunischen Nationalisten.

Die drei Kriege, der NATO-Krieg, die US-FATA-Interventionen und die Angriffe der pakistanischen Armee konvergieren. Sie sind allesamt spektakulär erfolglos; sie tragen zur „Talibanisierung“ der gesamten Region bei und führen zu einem Zusammenrücken aller rund 36 Millionen Paschtunen auf beiden Seiten der Grenze – gegen die USA, gegen den Staat Pakistan und H. Karzai. Vor allem aber zerstören die Kriege den inneren Zusammenhalt und die Basislegitimität des pakistanischen Militärs. Der exportierte Terror im Osten, die Konfliktfelder im Westen, die Attentate fundamentalistischer Organisationen im Inneren – im Großraum Karachi und im Punjab – schließlich die Lokalaufstände und Drogenkriminalität in Balutschistan, all diese Gewaltfelder stehen in einem immer enger werdenden Zusammenhang. Institutionell und zugleich inoffiziell sorgen die JI und weitere fundamentalistische Organisationen und Madrasas für die enge Verbindung zwischen „indischen“, innerpakistanischen und paschtunischen Terror-, Untergrund-, Sekten- oder Stammesorganisationen. Zugleich steigern die vagabundierenden Waffen, Drogengelder, Koranschulabsolventen und Mullahs diese Konflikte und die lokale Gewaltbereitschaft.

Gegenüber diesen Konfliktherden und inmitten dieser Konflikte steht die Armee. Und inmitten der Armee steht die Inter Service Intelligence, ISI. Die Armee und der COAS ernennen den Leiter der ISI, aber weder COAS

noch der Leiter kontrollieren den Geheimdienst. Über die Struktur dieses Geheimdienstes gibt ein Interview der New York Times vom 15.01.08 Auskunft. Es konnte nur extraterritorial und in völliger Anonymität mit höher-rangigen Offizieren geführt werden. Da der Geheimdienst seit Zia bei zahllosen Wahlmanipulationen, Repressionsmaßnahmen, Ernennungen, Parteisäuberungen und Karriereplanungen eingesetzt wurde, ist der Geheimdienst jetzt allgegenwärtig, aber nicht mehr steuerbar. Beamten-, Politiker- und – am beunruhigendsten – Offiziers- und Generalskarrieren hängen inzwischen vom ISI ab. Nach drei Jahrzehnten eines ungebrochenen Wachstums ist der ISI in der Lage, jedem politischen oder militärischen Klienten etwas bieten zu können – und dafür etwas zu erhalten.

Der Preis dieser Allgegenwart und Allmacht ist der Verlust von Zusammenhalt und Hierarchie. Der Geheimdienst besteht aus Fraktionen, die selbst Insider nicht mehr genau bestimmen können – politisch, professionell, ethnisch, verwandtschaftlich. Versuche der Armee, die Kontrolle zurückzugewinnen, sind gescheitert. Seit Ende der 80er-Jahre hat es zwar drei Säuberungswellen gegeben, um „Fundamentalisten“ auszumerzen – aber ohne Erfolg. Drei ISI-Direktoren wurden entlassen. Geblieben sind Fraktionen, die Außenkontakte zu unterschiedlichen Parteien, Organisationen, Regionen, Truppenbereichen pflegen. Die Joint Chiefs of Staff und der COAS müssen deshalb den Antiterrorkampf innerhalb von Armee und ISI aushandeln und abschwächen. Konsensfähig gegenüber den Fraktionen ist, dass auf Al Qaida, „Araber“ und „the lunatic fringe“ Jagd gemacht werden darf – außerhalb der FATA. Kaschmirterroristen, Taliban und gewalttätige Anti-Shia-Fundamentalisten – wie „Sipa-i-Saheba“ – sind dagegen unantastbar. Mit ihnen kann, trotz zunehmender Schwäche, Pakistan immer noch Druck auf Indien ausüben; mit ihnen kann Einfluss auf Afghanistan, auf die Paschtunen und die Grenzgebiete zurückgewonnen oder demonstriert werden; vor allem aber will die Armee sich solche landesweit operationsfähigen Organisationen nicht zum Feind machen.

Gegen die FATA-Stämme und die hier operierenden Taliban können Armee und ISI, schon allein aus Verwandtschaftsgründen, nicht umstandslos vorgehen. Die entsprechenden Offiziere und Kader sind oft Paschtunen, sie sind mit ihren Feinden manchmal verwandt. In jedem Fall sind sie dem Ehrenkodex des Pashtunwali verpflichtet. Dieser verpflichtet sie auf Gastfreundschaft, Worttreue und die Anerkennung einer gemeinsamen Abstammung aller Paschtunen. Damit verehbt der von den USA geforderte Antiterrorkampf sehr leicht im Binnenraum von Armee und ISI. Selbst die Polizei will schriftliche Anweisungen von ranghohen Armee- und ISI-Offizieren, wenn sie Jagd auf Militante machen soll. Entschließt sich die Armee allerdings zur Terroristenbekämpfung wie Anfang 2007, so sind die Konsequen-

zen noch beängstigender. Die Uneinigkeit und Unüberschaubarkeit im Geheimdienst wächst: „Inside the ISI there was division as well. One part of the ISI hunted down militants, the officials said, while another continued to work with them. The result was confusion.” (New York Times 15.01.08)

Vor allem aber: Talibankreise, Ji-nahe Militante, exponierte Koranschulen (die “Haqqania” bei Peschawar) und weitere Terrororganisationen richten jetzt ihre Vergeltungsschläge zunehmend gegen den Staat, die Armee und selbst gegen den Geheimdienst. Talibanisierte Agitatoren initiieren nicht nur entlang der Grenze lokale Aufstände, im Januar 2007 besetzen militante Studenten in Islamabad die sogenannte „rote Moschee“. Sie terrorisieren über die nächsten sechs Monate hinweg die umliegenden Video-, Musik- und Buchläden. Unverschleierte Frauen werden zusammengeschlagen; Touristen und Polizisten gekidnappt; Privatwohnungen ausgeräumt; Waffen und Munition werden in der Moschee gehortet. Schließlich verbarrikadieren sich die Fundamentalisten hinter einem tausendköpfigen menschlichen Schutzschild aus Frauen und Kindern. Dies alles geschieht mitten in der Hauptstadt, in der Nähe des Amtssitzes von Präsident Musharraf. Am 10. Juli wird schließlich die Moschee von der Armee gestürmt, 150 Militante und fast ein Dutzend Soldaten sterben.

Ein Jahr später zerstört eine gewaltige Bombenexplosion das von Ausländern und der Staatselite frequentierte Hotel Marriot im Zentrum der Hauptstadt. Präsident Zardari und das gesamte Kabinett entgehen dem Tod nur durch ein Wunder. Sie hatten den Termin eines Festessens kurzfristig geändert. Noch bedrohlicher aber sind Selbstmordangriffe, die sich gegen die Armee und seit September 2007 sogar gegen den Geheimdienst richten. Bei zwei Selbstmordattacken finden einmal 18 und einmal 15 ISI-Mitarbeiter den Tod. Terrorangriffe auf Armee und ISI richten sich gegen die entscheidenden Zentren der Macht, gegen die wichtigsten Stützen des Kunststaates. Sie müssen in Armee und ISI neue Richtungskämpfe auslösen und den Zusammenhalt der beiden inzwischen unverzichtbaren Organisationen schwächen. Die Gewalt, die von Armee und Geheimdienst zunächst mit Hilfe des Jihad und der Taliban nach Afghanistan und mit Hilfe von Terrorgefolgenschaften nach Kaschmir und Indien exportiert wurde, ist jetzt zurückgekehrt – dank „enduring freedom“ und dem „Kampf gegen den Terror“.

Endlich heimgekehrt, bedroht die Gewalt jetzt Staat, Armee und Geheimdienst. Diese Bedrohung ist umso größer, als diese Staatseliten über Nuklearwaffen verfügen. Der Militär- und Krisenstaat hat damit neue Chancemacht, aber keine demokratische Zukunft gewonnen.

Literaturverzeichnis

- Ahmad, Mujeeb (1993): *Jam'iyat 'Ulama-i-Pakistan, 1948–1979*. Islamabad: National Institute of Historical and Cultural Research.
- Ahmed Feroz (1992): *The Language Question in Sind*. In: Zaidi, S. Akbar (Hg.): *Regional Imbalances and the National Question in Pakistan*. Lahore u.a.: Vanguard Books, S. 139–155.
- Ansari, Sarah F. D. (1992): *Sufi Saints and State Power. The Pirs of Sind, 1843–1947*. Lahore u.a.: Vanguard Books.
- Cohen, Stephen P. (2004): *The Idea of Pakistan*, Washington, D.C.: Brookings Institution.
- Conrad, Dieter (1973): *Von der Teilung Indiens zur Teilung Pakistans. Staatsrechtliche Aspekte*. In: *Internationales Asienforum*, Vol. 4, Nr. 2.
- Embree, Ainslie T. (1979): *Pakistan's Imperial Legacy*. In: Embree, Ainslie T. (Hg.): *Pakistan's Western Borderlands*. Karachi: Royal Book Company, S. 24–40.
- Frotscher, Ann (2005): *Banden- und Bürgerkrieg in Karachi*. Baden-Baden: Nomos.
- Gilmartin, David (1988): *Empire and Islam. Punjab and the Making of Pakistan*. London: Tauris Publishers.
- Hamid, Naved/Hussain (1992): *Regional Inequalities and Capitalist Development: Pakistan's Experience*. In: Zaidi, S. Akbar (Hg.): *Regional Imbalances and the National Question in Pakistan*. Lahore: Vanguard Books, S. 1–42.
- Harrison, Selig. S. (1992): *Ethnicity and Political Stalemate in Pakistan*. In: Zaidi, S. Akbar (Hg.): *Regional Imbalances and the National Question in Pakistan*. Lahore: Vanguard Books, S. 226–260.
- Hodson, H. V. (1997): *The Great Divide. Britain-India-Pakistan*. Karachi: Oxford University Press.
- Jalal, Ayesha (1999): *The Sole Spokesman. Jinnah, the Muslim League and the Demand for Pakistan*. Lahore: Sang-E-Meel Publications.
- Jones, Owen Bennett (2002): *Pakistan. Eye of the Storm*. New Haven/London: Yale University Press.
- Jürgenmeyer, Clemens (1997): *Die pakistanischen Parlamentswahlen – „free and fair“? Erfahrungsbericht eines Wahlbeobachters*. In: *Südasiens* 17, 2, S. 63–67
- Khan, Adeel (2007): *Pakistan in 2006: Safe Center, Dangerous Peripheries*. In: *Asian Survey*, Vol. XLVII, No. 1.
- Levy, Adrian/Scott-Clark, Catherine (2007): *Deception. Pakistan, the United States and the Global Nuclear Weapons Conspiracy*. London: Atlantic Books.
- Nasr, S. V. R. (2002): *Islam, the State and the Rise of Sectarian Militancy in Pakistan*. In: Jaffrelot, Christopher (Hg.): *Pakistan. Nationalism without a Nation?* New Delhi: Manohar Publishers, S. 85–114.
- Nasr, Seyyed Vali Reza (1994): *The Vanguard of the Islamic Revolution. The Jama'at-i Islami of Pakistan*. London/New York: Tauris Publishers.

- Perkovich, George (1999): *India's Nuclear Bomb. The Impact on Global Proliferation*. Berkeley u.a.: University of California Press.
- Pfeffer, Georg (2008): Was heißt Demokratie in Pakistan. www.suedasien.info, 07.03.2008.
- Pfeffer, Georg (2008a): Der Problemfall Pakistan. Verdrängung als Politik www.suedasien.info, 08.09.2008.
- Poullada, Leon B. (1979): Pushtunistan: Afghan Domestic Politics and Relations with Pakistan. In: Embree, Ainslie T. (Hg.): *Pakistan's Western Borderlands*. Karachi: Royal Book Company, S. 126–152.
- Rittenberg, Stephen (1979): Continuities in Borderland Politics. In: Embree, Ainslie T. (Hg.): *Pakistan's Western Borderlands*. Karachi: Royal Book Company, S. 67–84.
- Rösel, Jakob (2006): Die Mohajir in Karachi, Pakistan. In: Inhetveen, Katharina (Hg.): *Flucht als Politik. Berichte von fünf Kontinenten*. Köln: Rüdiger Köppe Verlag, S. 125–162.
- Samad, Yunas (2002): In and Out of Power but not Down and Out: Mohajir Identity Politics. In: Jaffrelot, Christopher (Hg.): *Pakistan. Nationalism without a Nation?* New Delhi: Manohar Publishers, S. 63–83.
- Sayeed, Khalid Bin (1968): *Pakistan. The Formative Phase, 1857–1948*. Karachi: Oxford University Press.
- Schofield, Victoria (2000): *Kashmir in Conflict. India, Pakistan and the Unfinished War*. London/New York: Tauris Publishers.
- Siddiq, Ayesha (2007): *Military Inc. Inside Pakistan's Military Economy*. London: Pluto Press.
- Sisson, Richard/Rose, Leo E. (1990): *War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh*. Karachi: Oxford University Press.
- Spain, James W. (1979): Political Problems of Borderland. In: Embree, Ainslie T. (Hg.): *Pakistan's Western Borderlands*. Karachi: Royal Book Company, S. 1–23.
- Talbott, Ian (1999): *Pakistan. A Modern History*. Lahore u.a.: Vanguard Books.
- Waseem, Mohammad (1994): *The 1993 Elections in Pakistan*. Lahore u.a.: Vanguard Books.
- Weaver, Mary Anne (2002): *Pakistan in the Shadow of Jihad and Afghanistan*. New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Weiss, Anita M. (Hg.)(1987): *Islamic Reassertion in Pakistan. The Application of Islamic Laws in a Modern State*. Lahore u.a.: Vanguard Books.
- Wolpert, Stanley (1993): *Zulfi Bhutto of Pakistan. His Life and Times*. New York u.a.: Oxford University Press.
- Yousaf, Mohammad/Adkin, Mark (1992): *The Bear Trap. Afghanistan's Untold Story*. Lahore: Jang Publisher